

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 13. Mai 1932
14. Jahrgang Nr. 111

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: wöchentl. 42 Pf., 48 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,65 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenspreis: Die achteckige Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Verbandsanzeigen 8 Pf. Kleinaussagen: Die dreieckige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmestelle in der Gaublerbesten um 8 Uhr; in den Villalen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60, Fernsprecher 400 39. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 60 (Worderhaus). Fernsprecher 430 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsstand:** Breslau. — **Verlag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 60. Fernsprecher 400 39.

Reichstags-sitzung aufgefliegen!

Groener als Reichswehrminister zurückgetreten

Ein weiterer Schritt zur Generalsdiktatur — Regierung Brüning nähert sich den Nazis — Sozialdemokratie stimmte wieder für Brünings Notverordnungsdiktatur — Nazis überfallen einen Journalisten — Reichstag bis zum 6. Juni vertagt

Admiral Raeder — Nachfolger Groeners

General Groener erklärte gestern seinen Rücktritt als und von Hammerstein, der Chef der Reichswehr und der Marine klären, daß Groener das Vertrauen der Reichswehr nicht mehr Groener seinen Rücktritt. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte trägt worden. Groener soll Reichsinnenminister bleiben.

Der Rücktritt Groeners hat hochpolitische Ursachen. Seit Monaten drängt die Kamarilla im Reichswehrministerium, vor allem die Generale Schleicher und Hammerstein, der Chef der Reichswehr, auf eine noch schnellere und engere Heranziehung der Nazis. Die jetzige Vernehmung Raeders, der als extremer Reaktionsär von monarchistischer Gesinnung bekannt ist, zeigt die verschärfte Tendenz zur Generalsdiktatur und die weitere Faschisierung der Regierung.

Die Kabinettskrise in Italien, deren Ausdruck Warmbolds Ausritt und jetzt Groeners Teilrücktritt ist, suchen Hindenburg, Brüning durch immer stärkere Heranziehung der Nazis zu beheben. Ein Kurs, der die völlige Unterjochung der SPD. findet. Hildebrand hat vorgestern im Reichstag Straffer zugestanden, daß der Naziführer „marxistische Gedankengänge“ zum Ausdruck bringe. Löbe seinerseits hat gestern im noch tagenden Vorkonferenzrat des Reichstages beantragt, das Parlament erst auf den 6. Juni wieder einzuberufen. Dieser Antrag ist aus dem Wunsch geboren, der in Umbildung begriffenen Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Die jetzige Regierungskrise hat ihre letzte Ursache in den Schwierigkeiten der kapitalistischen Klasse Deutschlands, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Das deutsche Proletariat darf den herrschenden

Reichswehrminister. Vorher waren die Generale von Schleicher bei Reichspräsidenten Hindenburg erschienen, um ihm zu erbitten. Angesichts dieses Ultimatum der Generalität erklärte der Reichswehrmacht ist vorläufig der Admiral Raeder beauf-

Mächten nicht erlauben, die Frage der Regierungsumbildung zu einer parlamentarischen Kombination zu machen, es muß sein Machtwort sprechen, um den raktionären Lehns- und Unterhängungsabankurs außerparlamentarisch zu brechen.

Nachdem gestern vormittag das kommunistische Misstrauensvotum gegen die Regierung Brüning mit 287 gegen 257 Stimmen abgelehnt worden war, kam es infolge eines Überfalls von mehreren Naziabgeordneten auf den Journalisten Kloy in den Wandelgängen des Reichstages zu mehrfachen Unterbrechungen und Tumulten im Reichstag. Gegen 15.30 Uhr wurde der Reichstag vom sozialdemokratischen Präsidenten Löbe auf unbestimmte Zeit vertagt.

Gegen 17 Uhr wurde plötzlich der Rücktritt des Reichswehrministers Groener mitgeteilt.

Der Verlauf der Reichstags-sitzung

Während im Plenum des Reichstages die Sozialdemokratie der Regierung Brüning erneut ihr Vertrauen ausbrach und damit alle

Notverordnungen einschließlich des Verbots der proletarischen Freidenker bestätigte, während die SPD-Führer ihre Politik der aktiven Unterstützung der Brüningdiktatur durch ihre Abstimmung fortsetzten, wurde im Reichstagsrestaurant und dann später in der Wandelhalle der Journalist Kloy von nationalsozialistischen Abgeordneten überfallen und blutig mißhandelt.

Kloy war ehemals Spitzenkandidat der Hitlerpartei in Baden. In der letzten Zeit führte er einen Enthüllungskampf gegen die Korruption und die Politik der NSDAP, wobei er besonders kompromittierende Enthüllungen über den Stabschef der SA, Hauptmann Köhm, machte. Mehr als ein Duzend Naziabgeordnete unter der Führung des berüchtigten Fememörders vom Freikorps Meißbach, Leutnant Heines, schlug Kloy in den Wandelgängen des Reichstages nieder.

Nach einer zweimaligen Unterbrechung des Reichstages verhängte Löbe, der zuerst keinerlei weitergehende Geschäftsordnungsmaßnahmen gegen die faschistischen Banditen durchzuführen wollte, dabei aber sofort auf den Widerspruch der eigenen Fraktion fiel, gegen Heines und drei weitere Naziabgeordnete den Ausschluß auf 30 Sitzungstage. Als die ausgeschlossenen Nazis sich weigerten, den Saal zu verlassen, erklärte Löbe die Sitzung für geschlossen und kündigte an, daß er nach später mitteilen werde, wann die nächste Sitzung stattfinden würde. Diese Meldung wurde allgemein als eine Vertagung des Reichstages bis zum 6. Juni aufgefaßt.

Nach Räumung der Tribünen rückte ein Polizeikommando ins Plenum des Reichstages, um die vier an dem Überfall beteiligten Naziabgeordneten aus dem Saal zu führen und festzunehmen. Hierbei zeigte sich der ganze „Heldenmut“ der Nazis. Sie „begrißten“ zwar den Polizei-Vizepräsidenten Weiß mit antifeindlichen Zurufen, aber als dieser Vertreter des „Systems“ nur mit dem Finger winkte, kam der nationalsozialistische Kraftsvorführende Fried wie ein eilfertiger Schulklinge zu Weiß geeilt, um sehr brav mit ihm zu verhandeln. Fried versicherte Weiß, daß er mit Löbe den freiwilligen Abzug der angeschlossenen Nazis vereinbart habe. Was die Evening-polizei noch nie gegenüber Kommunisten getan hatte, tat sie natürlich gegenüber den Nazis: Ohne Festnahme rückte die Polizei wieder aus dem Sitzungssaal ab. Wir stellen dieses unterschiedliche Verhalten nicht deshalb fest, weil wir für das Eingreifen der Polizei im Reichstag sind, — wir sind die schärfsten Gegner jedes Polizeinutzes, der bei der nächsten Gelegenheit schon mit wirklich rücksichtslosen Methoden gegen die Kommunisten erfolgen kann. Wir machen unsere Forderungen nur, um das Entgegenkommen des „Systems“ gegenüber den Nazis zu zeigen.

Der Reichstagspräsident Löbe und die Regierung beantragten die Vorgänge im Reichstag, um allen weiteren künftigen Abstimmungen zu entgehen. Die kommunistischen Anträge für die Erwerbslosen, gegen das Freidenker- und NSDAP-Verbot, alle außenpolitischen und sozialpolitischen Anträge der SPD. kamen nicht mehr zur Abstimmung.

In der Vorkonferenzsitzung enthüllte unser Genosse Torgler den wahren Hintergrund der plötzlichen Vertagung des Reichstages. Man vertagt den Reichstag, um unter weiterer Ausschaltung des Parlaments die Schwierigkeiten des Kabinetts zu überwinden und weitere Hungernotverordnungen vorzubereiten, um Brüning freie Bahn für die Kaufmann Verhandlungen mit den französischen und englischen Imperialisten zu machen. Während gleichzeitig in Preußen ungehört von Reichstagsabstimmungen die Koalition zwischen Zentrum und Nazi vorbereitet wird, konnte die SPD., die gestern wiederum für die Brüningdiktatur stimmte, sich nach der Abjagung Groeners durch die Vertagung um die weitere Vertrauensabstimmung brühen. So arbeiten sich das sozialdemokratische Reichstagspräsidium, die Regierung Brüning und die Nationalsozialisten gegenseitig in die Hände.

Die Arbeiterschaft darf sich nicht durch das Theater der Nazis, die sich wegen des Einjages von Polizei jetzt als „Märtyrer“ aufspielen wollen, täuschen lassen. Gestern wurde die Notverordnungspolitik der Regierung Brüning erneut bestätigt — jener Regierung, der von dem Naziabgeordneten Straffer offene Liebeserklärungen gemacht wurden. Gestern stimmte die SPD. wieder für Brüning. Das sind die entscheidenden Tatsachen. Es gilt jetzt, die außerparlamentarische Massenmobilisierung für die Forderungen der kommunistischen Fraktionen im Reichstag und Landtag auf der Grundlage der kämpfenden roten Einheitsfront verstärkt durchzuführen!

Passive Resistenz der Gleiwitzer Eisenbahnarbeiter

Betriebsdemonstration gegen Massenentlassungen

Gleiwitz, 12. Mai. Die Entlassungen von Eisenbahnarbeitern in der Wagenwerkstatt Gleiwitz und die noch drohenden Entlassungen in der Lokwerkstatt werden in der Belegschaft erregt diskutiert. Der Wille der Eisenbahnarbeiter, sich gegen die Entlassungen geschlossen zu Wehr zu setzen, nimmt immer mehr bestimmtere Formen an. Am Mittwochfrüh fand im Betrieb während der Frühstückspause eine Belegschaftsversammlung statt, die nur mäßig besucht war, in der ein Betriebsrat zur Frage des Kampfes gegen die Massenentlassungen sprach.

Am Donnerstagfrüh kam es wiederum zu einer Belegschaftsversammlung, an der mehr als die Hälfte der Belegschaftsmitglieder teilnahmen. Im Anschluß daran bewegte sich eine ungefähre 200 Mann starke Betriebsdemonstration vor das Verwaltungsgebäude, nachdem von dem Betriebsrat beantragt hatte, bei dem Direktor vorstellig zu werden. Die zuständigen Exponenten ließen sich verleugnen, was große Erbitterung unter der Belegschaft auslöste. Im Betrieb ging man dazu über, passive Resistenz zu üben, die auch schon teilweise am Mittwoch durchgeführt wurde. Einige Werkmeister drohten bei Anzeichen der passiven Resistenz, wahrscheinlich auf Anweisung von „oben“, mit Stilllegung einzelner Abteilungen. Klärungen waren aber dazu noch nicht ausgesprochen. Die vom roten Betriebsrat in der Belegschaftsversammlung gemachten Ausführungen über die Massenentlassungen und der damit verbundenen Notwendigkeit, die betriebliche Kampffront aller Kollegen im Kampf gegen die Massenentlassungen herzustellen, wurden zustimmend aufgenommen und im Betrieb lebhaft von allen Kollegen begrüßt.

Warum Stoßbrigaden?

von Karl Springer

Das System der Stoßbrigaden (Zusammenstellung der aktivsten Arbeiterelemente zu Arbeitsgruppen) feiert in der Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus wahre Triumphe. Sei es bei der Ausaat der Getreideeinbringungskampagne, beim Bau industrieller Werke oder Steigerung der Produktivität der Industrie, stets und überall sind es die Stoßbrigaden, die in dem vorberstehenden Frontabschnitt des

Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft stehen. Wäre die Erfüllung des Fünfjahresplanes in vier Jahren ohne die Stoßbrigaden möglich? Wir sagen nein. Sei es an der Wirtschaft oder Kulturfront, die Stoßbrigaden sind immer die ersten, die anfeuernd und helfend den Weg weisen.

So wie wir den russischen Arbeitern nachmachen wollen, d. h. die proletarische Revolution durchzuführen, so müssen wir auch von ihnen lernen, die Vorbedingungen dafür zu schaffen. Die russischen Arbeiter fühlen sich voll verantwortlich für ihre Betriebe — im Zeichen des sieghaften Sozialismus. Wir deutsche Arbeiter müssen uns ebenfalls verantwortlich fühlen für die Betriebe, um sie zu roten Burgen für die Revolution zu machen. Auch wir müssen das System der Stoßbrigaden schaffen und ausbauen.

Eine der wichtigsten Lehren aller Bewegungen, die die revolutionäre Arbeiterklasse Deutschlands bisher geführt hat, ist, das Schwergewicht unserer Arbeit in die Betriebe zu verlegen. Der Betrieb ist die verwundbarste Stelle, die der Kapitalismus hat. Hier müssen wir ihn angreifen — und schlagen. Es ist kein Geheimnis, daß von den Massenentlassungen in erster Linie revolutionäre Arbeiter betroffen werden. Hinzu kommen die Maßregelungen, die wie im Bergbau durch die Kämpfe 1931/32 in die Tausende gehen. Nun, die Unterwerfer — die einen Existenzkampf führen — werden uns unsere revolutionäre Betriebsarbeit nicht erleichtern, sondern versuchen, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Daher steht vor jedem revolutionären Arbeiter die Aufgabe: Stärkung der revolutionären Positionen im Betrieb. Die Parole: Kurs auf die Betriebe! darf daher keine leere Formel bleiben. Um die Betriebsarbeit zu beleben, sollen nach einem Beschluß des Sekretariats des Hauptverbandes des GVB. für jeden Bergbaubetrieb Stoßbrigaden geschaffen und eingesetzt werden, um mit deren Hilfe die notwendige Festigung unserer Betriebsarbeit im Bergbau zu erreichen. Die bisherige, leider noch planlos durchgeführte Arbeit der Stoßbrigaden hat dort, wo eine Stoßbrigade für ein bestimmtes Aufgabengebiet eingesetzt worden ist, Erfolge gezeitigt.

Es muß daher jetzt — wo die Bergarbeiterschaft vor neuen Kämpfen steht — eine planmäßige Arbeit der Stoßbrigaden für jeden

Fortsetzung 1. Seite Beilage.

Brünnings Leichenrede auf den Kapitalismus

Die Kommunisten verkünden den Triumph der sozialistischen Welt!

Schwerindustrie fordert Naziminister

Die Mittwoch-Sitzung des Reichstages begann mit einer Rede der Abgeordneten kleinerer Parteien. Erwähnenswert ist nur dabei, daß der Abgeordnete der Nationalsozialistischen Partei, Emminger, erklärte, das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Nationalsozialisten sei das selbe wie das Programm des Reichskabinetts. Der Schwerindustrielle Abgeordnete und Sprecher der Volkspartei, Dr. Hugo, verlangte in seinen Ausführungen die Hineinnahme der Nazis in die Regierung und sprach den Wunsch nach einer baldigen Einigung des Zentrums und der Nationalsozialisten in den kommenden Koalitionsverhandlungen aus.

Als Reichskanzler Brüning die Rednertribüne betritt, begrüßen die Kommunisten den Reichskanzler mit den Worten: „Jetzt kommt die nächste Notverordnung!“ Wiederholt kommt es bei den Ausführungen des Kanzlers zu stürmischen Unterbrechungen durch die Kommunisten. Die Nationalsozialisten verhalten sich müssigenstill, so ruhig, als ob sie schon Regierungspartei seien. Brüning führte aus:

Was wir wollen, ist die allgemeine Abrißung und die Wiederherstellung einer Gleichberechtigung (kommunistische Zusage: „Ihr wollt die Aufrüstung!“). Der Augenblick erfordert weitgehende Fesseln in den bevorstehenden internationalen Verhandlungen. Die wirtschaftliche Weltlage ist zu gespannt, die politische Notlage, die aus dem ungleichen Rüstungsstande erwächst, ist zu groß, als das für feindliche Auseinandersetzungen über Einzelpunkte Zeit wäre. Die Not der Völker sieht nicht feil, sondern schreitet immer schneller vorwärts, während die Staatsmänner in mühsamer schwerer Arbeit sich mit ihr beschäftigen. (Lachen bei den Kommunisten.)

Welche Länder werden in Zukunft überhaupt noch bereit sein, deutsche Ausfuhrer in dem notwendigen Ausmaß aufzunehmen oder Anleihen zu gewähren? Ich sehe überall nur das Gegenstück einer solchen Bereitwilligkeit, nämlich, daß alle Länder, nicht nur die Gläubigerländer, ihre Grenzen verschließen und ihre Kredite zurückziehen. Wie schließen sich immer mehr vom Warenverkehr mit dem Ausland ab. Die Reichsregierung ist gewillt, sowohl aus innen- wie außenpolitischen Gründen die deutsche Währung zu halten.

Große Kampfrede des Genossen Kädel

Die Antwort der Kommunisten auf die Ausführungen des Reichskanzlers Brüning gab, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsbeschaffung, in glänzender Rede Genosse Kädel:

Wir sehen an den Zusammenstößen in Sachsen und im Ruhrgebiet, welche Antwort die herrschende Klasse den Arbeitslosen erteilt. Die Kommunisten senden auch von dieser Stelle den Arbeitslosen, die gegen den Unterstützungsabbau eintreten, unsere brüderlichen Kampfesgrüße. (Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Was hinter der „Arbeitsbeschaffung“ steckt

Der Clou der diesmaligen Reichstagsberatungen ist die Arbeitsbeschaffung. Über sie hat Brüning in diesen Tagen, indem er den Plan der deutschen Arbeiterklasse mit den Projekten zur Arbeitsbeschaffung genarrt und hergezogen immer wieder tolle neue Pläne an. Untersucht man diese Pläne, so zeigt sich eine Einheitsfront und das ist die falsche Seite. (Sehr wahr! bei den Komm.) Die Sozialdemokraten haben in letzter Zeit besonders viel mit Arbeitsbeschaffungsfragen operiert. Der Vorherrscher des NS-Bundes, Aufrücker, meinte im „Vorwärts“, daß die Massenarbeitslosigkeit zurückzuführen sei auf Konkurrenz im kapitalistischen Wirtschaftssystem. (Weiterlekt!) Auf dem heutigen Reichstag der SPD, rieng Tarnow das seltsame Wort: Der Kapitalismus ist krank. Und weil der Kapitalismus krank ist, muß jede Partei, die ihn heilt, sich natürlich als Arzt fühlen. Nun, ob Tarnow mit der Morphiumspritze gelassen kommt oder aufhört mit der Wasserwaage, um das schief System wieder in Ordnung zu bringen, es änderte nichts an der Tatsache, daß die Krisenentwicklung des kapitalistischen Systems im rasigen Tempo machte.

Wenn wir uns alle Arbeitsbeschaffungsprogramme, die hier vorgetragen wurden, näher ansehen, so laufen sie im Grunde auf das gleiche Prinzip hinaus:

1. Anleihepolitik, die die Gefahr der Inflation in sich birgt;
2. Arbeitsverfälschung ohne Lohnausgleich, die den Massen hunger in Deutschland weiter anwachsen läßt, und
3. Einführung der Arbeitsdienstpflicht.

„Tarnows Rezept von Nazi-Feder“

Der Nationalsozialist Sträßer hat gestern den Gemeindeführern ein Kompliment gemacht. Sträßer brauchte wahrhaftig nicht den feindseligen Charakter der Arbeitsbeschaffungspläne des UDS zu bejammern. Das tat schon am besten die Schwerindustrielle „Bergwerks-Zeitung“, die vom Bundesauschuß des UDS, wörtlich schrieb:

„So merkwürdig es klingt, führende Männer der freien Gewerkschaften sind im Begriff, sich wesentliche Teile des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms zu eignen zu machen. (Hört, hört, bei den Kommunisten.) Tarnow hat ein neues Rezept zum besten gegeben. Vezogen hat er es unmittelbar von Gottfried Feder, dem bekanntesten nationalsozialistischen Wirtschaftspolitiker.“ (Stürmisches Hört, Hört, bei den Kommunisten.)

Schätzungen wir uns einmal mit den Vorschlägen der UDS-Näherung. Zuerst verlangen sie die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich. Des weiteren fordern sie

Brüning spricht anschließend unter stürmischen Kundgebungen der Kommunisten die „Hoffnung“ aus, daß die Lage erst nach Abräumen werden müße (siehe Spalte unterer Ausgabe).

„Ich brauche mich nicht, solche Dinge hier ganz offen auszusprechen, mögen die Kommunisten daraus für ihre Agitation Kapital schlagen; das laßt mich vollkommen kühl.“ (Kommunistische Zusage: „Das glauben wir Ihnen, daß die Not der Massen Sie kühl läßt.“) Zu den Kommunisten gewandt, fährt Brüning fort: „Welche Wirtschaftsform auch in den einzelnen Ländern bestehen möge, keine wird von den Konsequenzen verschont bleiben. (Ein kommunistischer Abgeordneter ruft: „Die Konsequenz des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion ist der Wohlstand der Massen!“ Händeklatschen bei den Kommunisten.) Die Zeiten, in denen die Staatsmänner mit allzu vorsichtigen Worten über die Dinge sprachen, sind meiner festen Überzeugung nach endgültig vorbei. (Erneute kommunistische Zusage: „Die Ausbeuterherrschaft bricht zusammen!“)

In seinen weiteren Ausführungen wendet sich der Reichskanzler Brüning an die Adresse der Nationalsozialisten und gibt die auf der ersten Seite von uns abgedruckte Erklärung über die außenpolitischen Versprechungen der Nazis ab. Ich habe die Ausführungen des Herrn Sträßer außerordentlich interessiert angehört, weil sie sich zu einem ganz großen Teil auch decken mit den Maßnahmen, die die Reichsregierung in Vorbereitung hat. (Hört-Hört-Rufe bei den Kommunisten.) Diese Ausführungen decken sich auch mit den Arbeitsbeschaffungsplänen der Herren Sozialdemokraten. Ich brauche wohl nicht besonders auszusprechen, daß ich mit ihnen einig bin. (Zurufe der Kommunisten: „Die Einheitsfront von SPD bis Nazi zur weiteren Ausplünderung ist besiegelt!“) Ich für meine Person bin allerdings der Auffassung, daß die Vorschläge des Herrn Sträßer in der Finanzierungstrategie einer gewissen Gefährdung der Mark führen. Wir sind in den Vorarbeiten für den freiwilligen Arbeitsdienst so fortgeschritten, daß wir auch damit gleich anfangen können. (Kommunistische Unterbrechung und andauernde Rufe: „Sklavensarbeit!“)

Zum Schluß seiner Rede betonte Brüning, daß alles darauf ankomme, nicht die Ruhe zu verlieren, wenn man hundert Meter vom Ziel sei. (Die Kommunisten rufen: „Hundert Meter vor der nächsten Notverordnung.“)

Wie Großmann den Eisenbahner 93-Stunden-Woche brachte

Herr Großmann hat hier im Reichstag auf die Arbeitszeitverhältnisse bei der Deutschen Reichsbahn hingewiesen. Er hat behauptet, daß es z. B. eine Arbeitszeit von 93 Stunden in der Woche gibt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Aber wir fragen den Abgeordneten Großmann und seine Freunde nach den Ursachen dieses unerhörten Standes. Ich will Herrn Großmann das Gedächtnis auffrischen.

Er war es selbst, der ein Abkommen unterzeichnet hat, in dem es heißt, daß die Dienstdauervorschriften bei der Reichsbahn anders geregelt werden müßten als in der Industrie. (Stürmisches Hört, hört! b. d. Kommunisten.)

Und dieser Mann beschwert sich über die Wirkungen seiner eigenen Politik. Die Dienstdauervorschriften, die von den Sozialdemokraten mitgeschaffen wurden, wirken sich allerdings verheerend für die Eisenbahner aus. Sie vergrößern die Arbeitslasten und müssen sofort beseitigt werden.

Doppelzüngige Nazis entlarvt

Der Abgeordnete Sträßer hat hier die Forderungen der Nationalsozialisten zur Frage der Arbeitsbeschaffung vorgetragen. Ich habe mit den Fragen, um die es hier geht, eingehend beschäftigt, der weiß, es war ein Mistich, zusammengesetzt aus Ehrlich-Deißner, Adolf Damacke und Gottfried Feder. (Weiterlekt.) Sträßer hat als Antwort auf einen Zwischenruf von den Kommunisten erklärt, daß die Nationalsozialisten auf das Entschiedenste eine Arbeitsbeschaffung ablehnen, wie sie in der Sowjetunion durchgeführt wird. Würden die nationalsozialistischen Anhänger die Arbeitsmethoden in der Sowjetunion wirklich

kennen, sie würden keinen Augenblick zögern, um sich für diese Methoden zu entscheiden. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Sträßer hat sich auch mit dem Projekt der Herabsetzung der Arbeitszeit beschäftigt. Er meinte ganz richtig, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich eine weitere Verelendung der arbeitenden Massen bedeuten würde. Aber was soll man zu einem solchen Schwindel sagen, daß Sträßer heute das erklärt, während die

Nationalsozialisten noch vor kurzer Zeit hier im Reichstag einen Antrag eingebracht haben, worin gefordert wird, daß die Schlichtungsorganisation die Arbeitszeit herabsetzen soll, ohne einen Lohnausgleich vorzunehmen. (Unter stürmischem Hört, Hört und Hutzusen, jetzt Genosse Kädel diesen Antrag dem Haus. Die Kommunisten rufen den Nazis zu: „Ihr seid die gemeinsten Betrüger und Schwindler!“)

Seht die Militärfratze der Arbeitsdienstpflicht!

Überhaupt machen sich die Nationalsozialisten wenig Kopfschmerzen über die Frage der Arbeitsbeschaffung. Die einzige Patentlösung, die sie haben, ist die Arbeitsdienstpflicht. (Der Abg. Schwarzer-Oberbayeren ruft: „Freiwillige Arbeitsdienstpflicht!“) Wenn Sie hier von einem freiwilligen Arbeitsdienst reden, so erkläre ich Ihnen, dieses Wort allein ist schon ein ungeheurer Betrug. Wer nicht freiwilligen Arbeitsdienst leisten will, der muß freiwillig verhungern. Die Hungerpeitsche ist das Druckmittel zur Ableitung des freiwilligen Arbeitsdienstes. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Ich habe hier einen Auszug aus einem Rundschreiben, der den latenten Mitgliedern der Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht. Darin heißt es:

„Für die allgemeine Arbeitsdienstpflicht werden Führer in großer Zahl erforderlich. Wer kommt für solche Verwendung in Frage? 1. Ehemalige Offiziere der alten Armee, Reichswehr und Volkzeit, die völlig rüstig sind. (Kommunistische Zusage: „Damit sie besser den Gummiknüppel schwingen können.“) 2. Ehemalige Militärbeamte, insbesondere auch für die Kasernenangehörigen. Ebenso werden nach dem gleichen Schema einige Tausend Persönlichkeiten aus dem alten aktiven Unteroffizierskorps erbeten, die für die überaus wichtige Funktion des geschäftsführenden Wachtmeysters bei den Einheiten in Frage kommen. (Stürmisches Hört, hört bei den Kommunisten.)

So sieht die Lösung des Arbeitsbeschaffungsprogramms durch die Nationalsozialisten aus.

Herr Sträßer sprach bei seinen Vorschlägen zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung von den tausend Millionen angeblich eingefrorenen Auslandswährungen. Auch da hat wieder der Nazirechner geschwindelt. Ich habe hier ein kapitalistisches Blatt, das „Berliner Tageblatt“, darin heißt es wörtlich:

Einzige Arbeitsbeschaffung: Sowjetaufträge!

„Ein Lichtblick in der Dunkelheit der wirtschaftlichen Depression bedeutet das Auslandsgeschäft. (Stürmisches Hört, hört! b. d. Komm.)

Diese Tatsache beweist, daß der in einem unerhört schnellen Tempo sich entwickelnde Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion nicht allein die Arbeitslosigkeit in eigenen Lande restlos liquidieren konnte, sondern daß der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion vielen tausenden deutschen Arbeitern Arbeit und Brot gibt. (Vehefter Beifall und Händeklatschen b. d. Komm.)

Das einzige wirkliche Arbeitsbeschaffungsprogramm, das im Moment in kapitalistischen Deutschland vorhanden ist, das sind die Aufträge des sozialistischen Staates an die deutsche Industrie. (Erneuter stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Der „Vorwärts“ befaßte sich gestern mit unseren Arbeitsbeschaffungsanträgen. Er nannte sie einen Haufen von Rabau- und Speltafelanträgen. Nun, an dem Urteil des „Vorwärts“ liegt uns gar nichts. Uns liegt daran, ob die Arbeitslosen selbst unsere Forderungen für richtig und berechtigt halten. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Was wir fordern, das ist eben nichts anderes, als das, was die Arbeitslosen in Deutschland auf allen Stempelstellen wünschen. Wir fordern die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich, bei voller Zahlung des Lohnausgleiches, das Verbot der Überstunden, die Meldepflicht für alle Arbeitskräfte bei den zuständigen Arbeitsämtern, die Arbeitsvermittlung unter Mitwirkung der Betriebsräte und der Erwerbslosenausschüsse.

Wir fordern die sofortige Durchführung eines Wohnungsbauprogramms von 400 000 Arbeiterwohnungen, sofortige Inangriffnahme aller notwendigen Erneuerungen bei den öffentlichen Verkehrsunternehmen. Endlich verlangen wir, daß die Wohlfahrtsarbeitslosen ausschließlich zu tariflichen Löhnen im versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis beschäftigt werden. (Beifall bei den Kommunisten.)

Von 6 Millionen noch 25% unterstützt

Es ist überaus charakteristisch, daß bisher kein Redner einer anderen Partei von der Verzögerung der Arbeitslosen gesprochen hat, ob schon gerade in dieser Beziehung die größten Gefahren vor den Arbeitslosen stehen. Seit Jahren hat sich die Arbeitslosenversorgung geradezu katastrophal entwickelt. Während noch im Jahre 1928 56 Prozent der Arbeitslosen ihre versicherungsmäßige Unterstützung erhalten haben, belaufen im Dezember 1931 bei 6 Millionen Erwerbslosen nur noch 29 Prozent ihre Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. (Stürmisches Hört, hört bei den Kommunisten.) Inzwischen ist der Prozentfuß noch tiefer gesunken. 2 Millionen Arbeitslose bekommen in Deutschland über-

haupt keine Unterstützung mehr. Und was weiter geschehen soll, ist ganz klar: Neuer Abbau, weitere Einschränkung! Der Reichskanzler Brüning hat auf unsere Zwischenrufe geistlich geschwiegen. Der Plan der Regierung geht dahin, die Arbeitslosenversorgung allgemein auf das Niveau der im Abbau befindlichen Fürsorgeeinrichtungen herabzudrücken. (Stürmisches Hört, hört und Hutzusen bei den Kommunisten.)

Neue Regierungspläne gegen Arbeitslose

Wie die Arbeitslosen auskommen sollen, danach fragt man nicht. Aber der Tag kommt ja, wo in Deutschland die Arbeiter-

klasse die Macht hat, und das erste, was wir tun werden, wird sein, die ganze Ausbeutergesellschaft nach den heutigen Fürsorgerrichtlinien zu ernähren. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Die Invalidenversicherung wird zugrunde gerichtet

Eine weitere wichtige Frage ist die Frage der Invalidenversicherung. Es ist ganz klar, daß hier noch ein weiterer Ausbau der Leistungen erfolgen soll. Jeden Tag bekommen wir Zuschüssen von Leuten, die durch den ständigen Rentenraub dem Verhungern ausgesetzt sind. (Zurufe von den Komm.: „Darüber hat Brüning nichts gesagt!“) Dabei hat die Invalidenversicherung eine Reserve von über einer Milliarde Mark, die man aber in Gestalt von Krediten vergeben hat. Stürmisches Härt! Härt! bei den Kommunisten. Genosse Hädel gibt hier eine ausführliche Schilderung über die Elendslage der Rentenbezieher und der Arbeiterkinder.)

Wachsendes Elend, das ist das Bild des Kulturdeutschland. Wir fragen: Ist jetzt nach alledem, was wir gehört haben, ein Stillstand der Hungeroffensive zu erwarten? Nein! Der Verteilungskurs geht weiter. An Stelle von Arbeitsbeschaffung wird das kapitalistische Deutschland die Arbeitslosigkeit noch mehr vermehren.

Hat die herrschende Klasse keinen Ausweg mehr, wie haben ihn. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.) Wir sagen allen Arbeitern: Unser Weg und unser Ziel sind keine hinteren Deklamationen, sind keine illusionären Versprechungen, sind keine sentimentalen Hinweise auf die Liebe zum Vaterland. Unser Weg und unser Ziel ist lebendige Wirklichkeit und vorgezeichnet durch die gigantische Entwicklung des Aufbaues des Sozialismus in der Sowjetunion. (Beifall bei den Kommunisten.)

Die Nationalsozialisten sagen: Gebt uns die Macht. Wir aber jagen den Arbeitern und allen Ausgebeuteten: „Nehmt euch die Macht, dann ändert ihr das System!“ (Händeklatschen b. d. Komm.) Erst die Arbeitermacht in Deutschland wird jene Tatsachen schaffen, die wirklich den Aufstieg in sozialer und kultureller Hinsicht bedeutet. Deshalb rufen wir den Arbeitern zu: Vorwärts im unausgesetzten Kampf um Arbeit und Brot! Gegen Lohn- und Unterstützungsabbau! Vorwärts für Freiheit und Sozialismus in Sowjetdeutschland! (Minutentlanger Beifall und Händeklatschen b. d. Komm.) Die Kommunisten erheben sich von den Plätzen und rufen: „Nieder mit dem kapitalistischen Hungerjüngem!“

SWP. für Ränderbund und Tributverflechtung

Ein interessantes Zwischenpiel gab es Mittwoch im Reichstag, als der Redner der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Siemsen, sprach. In plumper Verleumdung unserer proletarischen Geschichtspolitik hatte er die Sten. zu behaupten, daß eine Einheitsfront von den Nazis bis zu den Kommunisten gehe! Er verlas eine formulierte Erklärung der SWP., in der diese erklärt, die kommunistischen Anträge für Austritt aus dem Ränderbund und für Einstellung der Reparationszahlungen abzulehnen. Das ist das Bekenntnis der lauberen SWP.-Führer für den imperialistischen Ränderbund in Genf! Das ist das Bekenntnis zur Tributverflechtung! Damit der Humor nicht fehle, versicherte Herr Siemsen, daß die SWP. gegen die Reichstagsauflösung sei. Wir verstehen! Wir verstehen! Heute sind sie genau ein halbes Bändel in Reichstag. Nach der nächsten Wahl wird auch der letzte Mann von ihnen auf der Strecke bleiben. Die Herren haben Recht, nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch am Hohenboden...

APD.-Abrechnung mit Lügen-„Germania“ und Nazis

Genosse Neubauer spricht:

In den späten Abendstunden der gestrigen Reichstagsitzung ergriff noch der Abgeordnete Genosse Neubauer das Wort, um sich besonders mit der Lage des Weltkapitalismus und der erhöhten Kriegsgefahr zu beschäftigen. Scharf wandte sich der Redner gegen die Verleumdungslampagne, die von der „Germania“, dem Organ des Reichsfinanziers Brüning, gegen die Sowjetregierung geführt wird.

Brüningo Rede sei die Totenrede auf sein eigenes System gewesen. Alle von der Regierung nach vor kurzem als Lösungsmittel genannten Rezepte hätten verlagert. Der Brüningregierung bleibe nur noch der Weg, die letzten Reserven in Form verschärften Abbaues zu mobilisieren.

Den Schluß seiner Rede, die wir morgen ausführlich wiedergeben werden, benutzte Genosse Neubauer zu einer Radikalarbeitung mit den nationalsozialistischen Volksbetrügnern. Mit ihren Zwischenrufen gelangt es den Nazis nicht, die Wirkung der knappen Rede abzuschwächen, die ihnen durch die überwältigenden Argumente des kommunistischen Redners verfehrt werden. Mit der kommunistischen Fraktion brach am Schluß auch ein Teil der Tribünenbesucher in Beifallsrufe und Händeklatschen aus.

Der Reichstag tagte bis in die tiefen Nachtstunden. Die Bestimmungen der kommunistischen Anträge, gegen das Kabinett, für Reichstagsauflösung, Austritt aus dem Genfer Ränderbund und Einstellung der Reparationszahlungen erfolgten heute.

Betriebe für unsere Landtagsforderungen mobilisieren!

118 Berliner Betriebsräte in gemeinsamer Tagung mit der kommunistischen Landtagsfraktion

Die kommunistische Landtagsfraktion hatte die Betriebsräte der wichtigsten Berliner Betriebe zu einer Konferenz am Montag, dem 8. Mai d. J. nach dem Landtag eingeladen.

An der Konferenz nahmen 118 Betriebsräte, darunter auch einige Sozialdemokraten und ein Nationalsozialist, teil.

Mit größter Aufmerksamkeit verfolgten sie die Ausführungen der Referenten. Genosse Kasper behandelte ausführlich die Frage der bürgerlichen Parlamentaristik und die Notwendigkeit der Entwicklung außerparlamentarischer Massen kämpfe. Nicht die Wahl eines Landtags- oder Staatspräsidenten und die Frage, was wird am 24. Mai, ist für die Arbeiterklasse das Entscheidende, sondern im Vordergrund stehen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen. Die Arbeiterklasse darf sich durch die aufgebaute Bedeutung der Parlaments-Ruhhandlung und die Verwirrungsmanöver der anderen Parteien von der SPD. bis zu den Nazis nicht von ihren eigentlichen Kampfaufgaben abbringen lassen.

Die kommunistische Landtagsfraktion wird in allen Fragen und Entscheidungen sich nur von den Interessen der Arbeiterklasse leiten lassen.

Nach den ergänzenden Ausführungen des Genossen Hädel von der Reichstagsfraktion ergriffen in der Diskussion mehrere Betriebsräte das Wort. Ein Sozialdemokrat unterstrich die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in der roten Einheits-

front zum Klassenkampf gegen unsere Ausbeuter und begrüßte die ehrliche Initiative der kommunistischen Partei. Die Betriebsräte erklärten, daß sie in den nächsten Tagen und Wochen Betriebsversammlungen einberufen werden, in denen sozialdemokratische und kommunistische Redner über die Taktik der SPD. und der APD. sprechen sollen. Die Durchführung dieses Klärungsprozesses wird alle Betriebsarbeiter und Erwerbslosen zum gemeinsamen Kampf für ihre Interessen zusammenführen.

Diese Betriebsrätekonferenz war ein weiterer Schritt vorwärts auf dem Wege der roten Einheitsfront und der Entfaltung außerparlamentarischer Massen kämpfe gegen Lohnabbau und Faschismus. Tragt diesen Ruf der kommunistischen Landtagsfraktion und der Berliner Betriebsrätekonferenz in alle Betriebe und Stempelstellen! Ruft sofort Betriebs- und Stempelstellensammlungen ein!

Nazis als die kleinen Bravos der amerikanischen Henker

Der „Angriff“ des Herrn Gorbels nimmt Hülfsstellung für die amerikanischen Henker, die den verlässlichen, zynischen Mord an acht jugendlichen Negearbeitern vorbereiten. Das ganze „Verbrechen“ der Neaer besteht bekanntlich darin, daß sie mit

schwarzer Hautfarbe zur Welt gekommen sind. Nun behauptet der „Angriff“, die Neger seien „mit Recht zum Tode verurteilt worden“. Weiter schreibt der „Angriff“: „Recht hat man einen ganz sensationellen Theatercoup ausgeführt. Man hat die Mutter von zweien der verurteilten Neger nach Deutschland geholt zu einem Vortragstournee.“ Die verurteilten Mütter der „Angriff“-Redaktion verhöhnen eine verzweifelte Mutter, die um das Leben ihrer unschuldben Kinder kämpft.

Hebrigens stoßen sich die Razziführer nur dann an der schwarzen Haut, wenn in ihr revolutionäre Proletariat stecken. Hauptmann Röhm hat trotz seines arischen Kassenfollers Gefallen an „kleinen uniformierten Negern“. Und der arische Nazigeneral, Freiherr von Epp, führte 1919 als Koskgeneral in seinem Freikorps weißgardistische Regersoldaten gegen die bayerische Räterepublik.

Warum Stoßbrigaden?

Schluß

Betrieb einlegen. Hierzu müssen unsere Erwerbslosenverbände des Verbandes eingesetzt werden. Das setzt voraus, daß endlich überall die organisatorische Trennung erfolgt und die Erwerbslosenverbände gebildet werden. In einer Besprechung der Kameraden der Erwerbslosenverbände wird die Betriebsarbeit des der Gruppe zugeordneten Betriebes besprochen und am zweckmäßigsten zwei Stoßbrigaden aufgestellt (die Stärke der Brigade ist so festzusetzen, daß ihr Arbeitsmöglichkeit gegeben ist). Beide Stoßbrigaden treten gegeneinander in Wettbewerb, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Jede Brigade muß einen Leiter haben, dem sie untersteht und der über die durchgeführten Arbeiten und Erfolge der Schichtgruppenleitung laufend berichtet. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß zu Stoßbrigademitgliedern die aktivsten Kameraden genommen werden müssen. Dazu gehören in erster Linie die in Folge der Kämpfe gemäßigtesten roten Betriebsräte und Funktionäre des GVB. und der APD., die auf Grund ihrer Arbeit die besten Verbindungen zu der Belegschaft haben.

Daneben im einzelnen die Arbeit der Stoßbrigaden zu klären. Sei nur darauf hingewiesen, daß sie liegen muß (mit Unterstützung der Betriebsgruppe des Verbandes bzw. der APD., die von innen den Betrieb bearbeitet) in der Bearbeitung des betreffenden Betriebes von außen. Die Brigade muß bei ihrer Arbeit in engstem Verhältnis zur Betriebsgruppe stehen. Die Betriebsgruppe hat ihre im Weltb gesammelten Erfahrungen über Zusammenfassung der Belegschaft, Stimmung und die Befragung der Betriebspunkte und Arbeitsschritte nach strategisch wichtigen Voraussetzungen der Stoßbrigade mitzuteilen. Im letzteren Falle müssen besonders die Adressen der Kameraden der Stoßbrigade mitgeteilt werden, damit diese Kameraden in den Wohnungen aufgesucht und bekehrt werden können. Auch unter Verbeirbeit, die ja dienen muß der organisatorischen Stärkung des Verbandes und der APD., ist mehr wie bisher auf die Betriebsarbeiter zu konzentrieren. Hier können die Stoßbrigaden wertvolle Arbeit leisten. Insbesondere müssen die APD. und arischen Kameraden in freundschaftlicher und kameradschaftlicher Weise von der Wichtigkeit unserer revolutionären Strategie und Taktik überzeugt werden. Mit Hilfe der Stoßbrigaden können wir auch an der ideologischen Front erfolgreich vorstoßen, so durch gesteigerten Verkauf und Massenvertrieb des „Grubenarbeiters“ und der revolutionären Literatur. Dort wo schwache Leistungen vorhanden sind, wo das innere Leben des Verbandes gehindert werden muß, überall können die Stoßbrigaden eingesetzt werden. Insbesondere jetzt, wo es heißen muß, angreifen, um die ungeheuerlichen Angriffe der Unternehmer abzuwehren, sind die Stoßbrigaden von großer Wichtigkeit. Zur Stoffverbreitung der Betriebe, die ideologische Gewinnung der Arbeiterfrauen und Erwerbslosen, für den gemeinsamen Kampf mit den Betriebsarbeitern sind Stoßbrigaden besonders einzusetzen. Darum für jeden Betrieb eine Stoßbrigade.

Stoßbrigaden vor!

Kommunistische Forderung im Reichstage:

Für die notleidenden Hinterbliebenen und Opfer der Wenzeslauskatastrophe

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am 10. Mai im Reichstage nachstehende Große Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: **Torgler, Weter (Breslau), Schröter (Merseburg) und Genossen.**

Anlässlich der furchtbaren Grubenkatastrophe auf der Wenzeslausgrube bei Neurode, bei der 151 Bergarbeiter tödlich verunglückten, hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 15. Juli 1930 sich mit sofortigen Hilfsmassnahmen für die Hinterbliebenen beschäftigt und beschlossen, die Reichsregierung aufzufordern, 1 Million Reichsmark für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Der Reichsarbeitsminister hat auf Antrag des Haushaltsausschusses des Reichstags dem Reichstag eine Denkschrift — Drucksache Nr. 852 — vorgelegt, in der die Verwendung dieser Mittel nachgewiesen wird.

Aus dieser Denkschrift geht hervor, daß neben den Reichsmitteln von 1 Million Reichsmark circa 600 000 Reichsmark, insgesamt also 1,6 Millionen Reichsmark aus öffentlichen und privaten Spenden dem für die Verteilung bestimmten „Vergmannsfonds“ für die „Wiederholung“ zugeflossen sind. Die Hinterbliebenen und Opfer der Katastrophe haben von den 155 000 Reichsmark zur Vorauszahlung bereitgestellten Mitteln nur einen Bruchteil, nämlich rund 121 000 Reichsmark einschließlich der Beträge der Sparbücher für die Waisenkinder, erhalten. Von dem Verteilungsaussschuß wurden für die „Wohnungslosengeld“ 650 000 Reichsmark dagegen aus diesen Mitteln bereitgestellt bzw. ausgegeben. Von dieser Wohnungsfürsorge haben die Hinterbliebenen und überlebende Opfer, noch die übrige in erbärmlichen Verhältnissen lebende Bergarbeiterbesatzung Niederstufelens keinerlei praktische Hilfe erhalten. Diese Mittel fließen restlos den Hausbesitzern, den Besitzern von Mietskasernen und den Gemeinden als Darlehen zu.

Soweit Witwen und Angehörige der tödlich Verunglückten zur Erhaltung geschickt wurden, sind diese vielfach infolge mangelhafter Ernährung vorzeitig abgestorben.

Die Berufsausbildung und Fortbildung der Waisenkinder wird in der Praxis demot durchgeführt, daß die Hälfte des Schulgeldes den Witwen von der Rente einbehalten wird, wenn sie den Betrag nicht freiwillig zahlen. Bei den durch Notverurteilung gesenkten Renten ist es den Witwen einfach unmöglich, ihren Kindern die Berufsausbildung zu zahlen zu lassen.

Die Sparrenten aus dem Fonds für die Kinder werden weder verzinst, noch den Müttern beim Ableben der Kinder ausgeschüttet.

Die 49 überlebenden Bergarbeiter sind gesundheitlich aus schwerster geschädigt. Trotzdem wird diesen Bergarbeitern neben einer geringen Vorunterstützung durch die Praxis der Anapptik- und Verarmungsärzte der rechtmäßige Anspruch auf Rente bzw. Anerkennung der Verurschädigung mit der Begründung „Stohlenjäure ist gesund“ abgelehnt.

Die Nachprüfung der Reichsrenten der Hinterbliebenen unter Zugrundelegung der Denkschrift des Reichsarbeitsministers ergibt, daß die vom Reichstag beschlossenen Mittel und die öffentlichen und privaten Spenden zum allergeringsten Teil zur Abgeltung der Notlage der von dem furchtbaren Grubenunglück Betroffenen verwendet wurden. Die geschädigten Hinterbliebenen haben dazu beigetragen, das bereits sprichwörtlich gewordene Elend in diesem Hungergebiet ins Unvergleichliche zu steigern.

Ist die Reichsregierung bereit, Maßnahmen sofort durchzuführen.

1. die alle vom Reich bewilligten und aus öffentlichen und privaten Spenden eingegangenen Mittel restlos der direkten Hilfe für die notleidenden Hinterbliebenen und Opfer der Wenzeslaus-Katastrophe zuführen?
2. die den Heberlebenden, durch die Katastrophe gesundheitlich geschädigten Bergarbeitern die Anerkennung der Unfallschäden, der Renten usw. sichern?
3. die der gewählten Kommission der Hinterbliebenen und Opfer, sowie den Vertretern der Belegschaft bei der Verteilung und Verwaltung des Fonds maßgebenden Einfluß sichern?

Berlin, den 10. Mai 1932.

Wir werden die Antwort der Regierung ebenfalls veröffentlichen. Die notleidenden Hinterbliebenen und Opfer der Wenzeslaus-Katastrophe müssen mit der übrigen notleidenden Bevölkerung des Neureder Gebiets den Kampf um Arbeit, Brot und ausreichende Unterstützung weiterführen.

Heute erscheint wieder die „Junge Garde“ nach dem Verbot

Kein Betrieb, keine Stempelstelle, kein Häuserblock ohne Werbeflakonen, ohne Massenvertrieb der „Junge Garde!“ Sofort bei allen Funktionären des APD. und im Büro Breslau, Wallstraße 13, bestellen. Preis 10 Pfennig.

Ebbe auf dem Ozean

Der Verkehr nimmt ab — Schiffe werden aus dem Verkehr gezogen — Viele Deportierungen

Nachdem Sie nach Amerika. Die Reisekosten waren seit Beginn des Krieges noch nie so niedrig wie jetzt.

Solche Kellame liegt man in den Zeitungen, erhält man in verschiedenen Formen sehr oft nach Hause zugesandt. Die großen Schiffsgeleitschiffe hatten Beratungen ab darüber, wie man den Reiseverkehr heben konnte.

Die Zeiten, wo man sich um Wochen und Monate früher um ein Billet vorsetzen mußte, sind längst vorüber. Die großen Dampfer sind heute oft nur zur Hälfte und manchmal sogar nur zum dritten Teil mit Passagieren besetzt. In der letzten Zeit mußten sogar einige große Dampfer, die bereits im Reiseplan angelegt waren, die Reise wieder ablegen, aus Mangel an Passagieren.

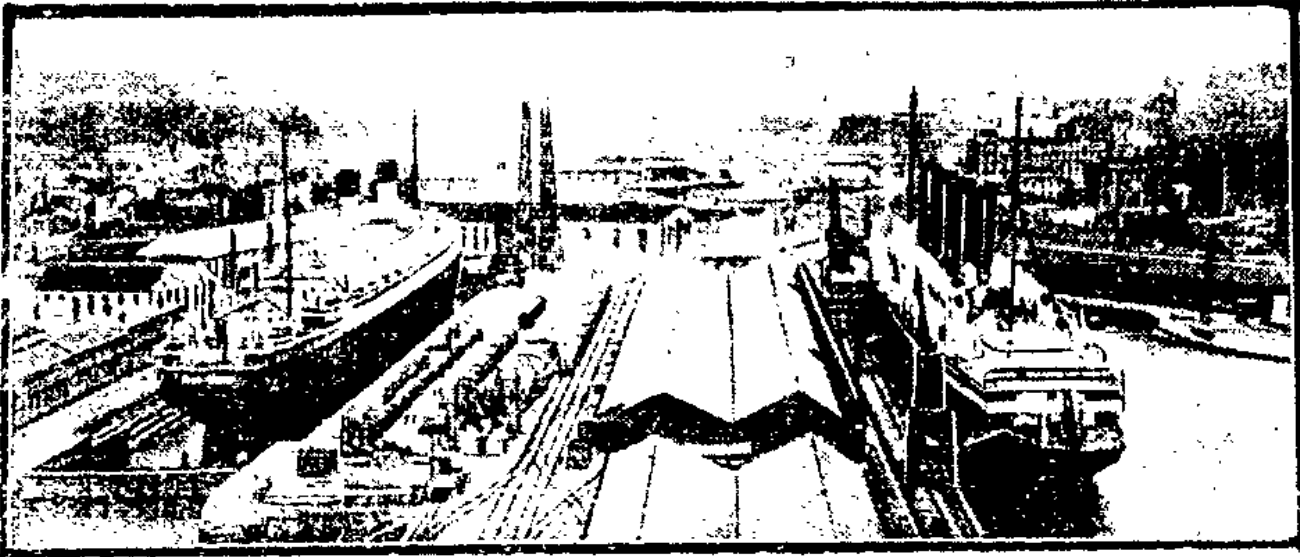
Ist es auf die Einstellung der Einwanderung nach Amerika zurückzuführen? Wie bekannt haben nicht nur die Vereinigten Staaten von Nordamerika, sondern auch die meisten mittel- und südamerikanischen Staaten die Einwanderung sehr hart gedrosselt. Ja zum Teil vollständig abgestellt. Aber dies ist nicht die Hauptursache des Stollens des Reiseverkehrs. Die Ursache ist in der Krise selbst zu suchen. Die Einwanderung ist schon seit Jahren ziemlich hart gedrosselt. Trotzdem herrschte noch vor drei und vor zwei Jahren große Nachfrage nach Reisebillets. Die Einwanderung hatte wohl abgenommen, aber der Touristenverkehr hatte sich vor dem Krieg kaum jemals abgemindert an genommen. Solange in Amerika die Konjunktur, die sogenannte Prosperität herrschte, pflegten hunderttausende Amerikaner alljährlich nach Europa zu kommen. Frankreich, Italien, die Schweiz und Deutschland kamen für auf diesen Reiseverkehr eingeholt. Eine sogenannte Auswanderungsindustrie, die heute auf unvorstellbar geringerer Basis, heute hat erwidert. Aber auch Rückkehrer aus Europa nach Amerika fanden in härterer Weise als vor dem Kriege. Im Jahre 1929 erreichte dieser Touristenverkehr den Höhepunkt und dann rapid abzunehmen.

Die Schiffsgeleitschiffe haben die Reisen bedeutend herabgesetzt. Aber die Krise wirkt härter als alle Kellame und Preisverbilligung. Das Reisen über den Ozean, das Schlußwort und Bergabstufungen, konnte sich auch früher schon kein Arbeiter leisten. Aber immerhin gab es viele Mittelständler, Beamten und Angestellte, die nach langem Drängen sich eine solche Reise gönnen konnten. Besonders in Amerika, heißt es es wieder wieder nach drüben möglich.

Der Reiseverkehr wird dadurch, daß die Zahl der Schiffe, die zu dem Zwecke verkehren, wurden geringert, denn die Zahl der Passagiere nimmt rapid ab.

Eine Zeitung hat unlängst festgestellt, daß viele große Schiffsgeleitschiffe sich noch von den Deportierungen erhalten. Das heißt, sie werden ihrer Schiffe, die schon ab dem Kriege eine amerikanische Staatsbürger wegen politischer Vergehen (wird es verdächtigt werden, der kommunistischen Partei oder einer revolutionären Organisation anzugehören) aus dem Lande deportiert werden.

Das heißt, viele Schiffe, die heute noch im Dienst sind, sind heute nur noch als Deportationsfahrzeuge im Dienst. Das heißt, die Schiffe, die heute noch im Dienst sind, sind heute nur noch als Deportationsfahrzeuge im Dienst.



Zwei wegen der Krise aus dem Verkehr gezogene Ozeanriesen im Hafen von Southampton. — Rechts die „Mauretania“ — links die „Homerik“.

kapitalismus auch auf dem Gebiete des Verkehrs zutage. Es ist klar, daß die Schiffe allein für die Postbeförderung nicht verkehren können. Die Zahl derer, die sich leisten können, eine Reise zu unternehmen, wird immer geringer.

Es wird auch auf diesem Gebiete der Kapitalismus in einem Hemmnis von Verkehr und Entwicklung.

Acht Jahre Zuchthaus wegen fahrlässiger Tötung

Mordprozeß Coennen vor dem Schwurgericht Bonn

Bonn, 12. Mai. Das Bonner Schwurgericht setzte am Mittwochnachmittag die am Freitag und Sonnabend voriger Woche durchgeführte Verhandlung gegen den wegen Mordes an der 23jährigen Anna Fuchs angeklagten 19jährigen Metzgergehilfen Hermann Coennen aus Ruisdorf fort.

Professor Dr. Rehrup vom gerichtsarztlichen Institut der Universität Frankfurt hielt es für denkbar, daß das Mädchen zum gewürgt worden ist, unbedingt siehe aber jetzt, daß der Tod erst nach dem Abbinden an die Faust mit einem Strick erfolgt sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Totschlagsverdachts und fahrlässiger Tötung zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Schwere. Die Unteruchungshaft wurde angeordnet. — Das Gericht setzte sich auf den Standpunkt, daß der Angeklagte die Mordtat schuldig habe, die 23jährige Fuchs zu töten. Er habe sie zuerst gewürgt und dann mit einem Strick an der Faust aufgehängt, wodurch der Tod eingetreten sei. In der Urteilsbegründung heißt es, das Gericht habe auf der einen Seite die Umstände mildernde Umstände verlag, auf der anderen

Einiges Wissenswertes

Aluminium, das nur 2/3mal schwerer ist als Wasser, gilt allgemein als das leichteste Metall, das wir haben, aber es gibt es ein Metall, das noch leichter ist, nämlich das sogenannte Dow-Metall, das nur zweimal so schwer ist wie Wasser und zur Herstellung von Gebrauchsgegenständen vorzüglich geeignet ist. Ein Propeller aus Dow-Metall wiegt ein Drittel weniger als einer aus Aluminium und leistet die gleiche Arbeit. Ein Dow-Tank, der 610 Liter Benzin faßt, wiegt nur 17,5 Kilogramm.

Es gibt doppelt so viele Witwen wie Witwer.

In den Vereinigten Staaten gibt es 4283733 Personen unter zehn Jahre, die weder lesen noch schreiben können; mithin sind 1 v. H. der Bevölkerung Analphabeten.

Es ist beobachtet worden, daß Ameisen bei Unfällen ihre Kameraden die gebrochenen Gliedmaßen in eine Art Gipsverband legen.

Im allgemeinen hält man den Engländer Roger Bacon für den Erfinder der Brille. Er lebte im 13. Jahrhundert.

Der in Norwegen gelegene Hornindalsvatn ist der tiefste See Europas. Sein größter Abgrund mißt 514 Meter, während der des Bodensees beispielsweise „nur“ 252 Meter hat. Der außerordentlich tiefe See ist 51 Quadratkilometer groß und faßt 12000 Kubikkilometer Wasser.

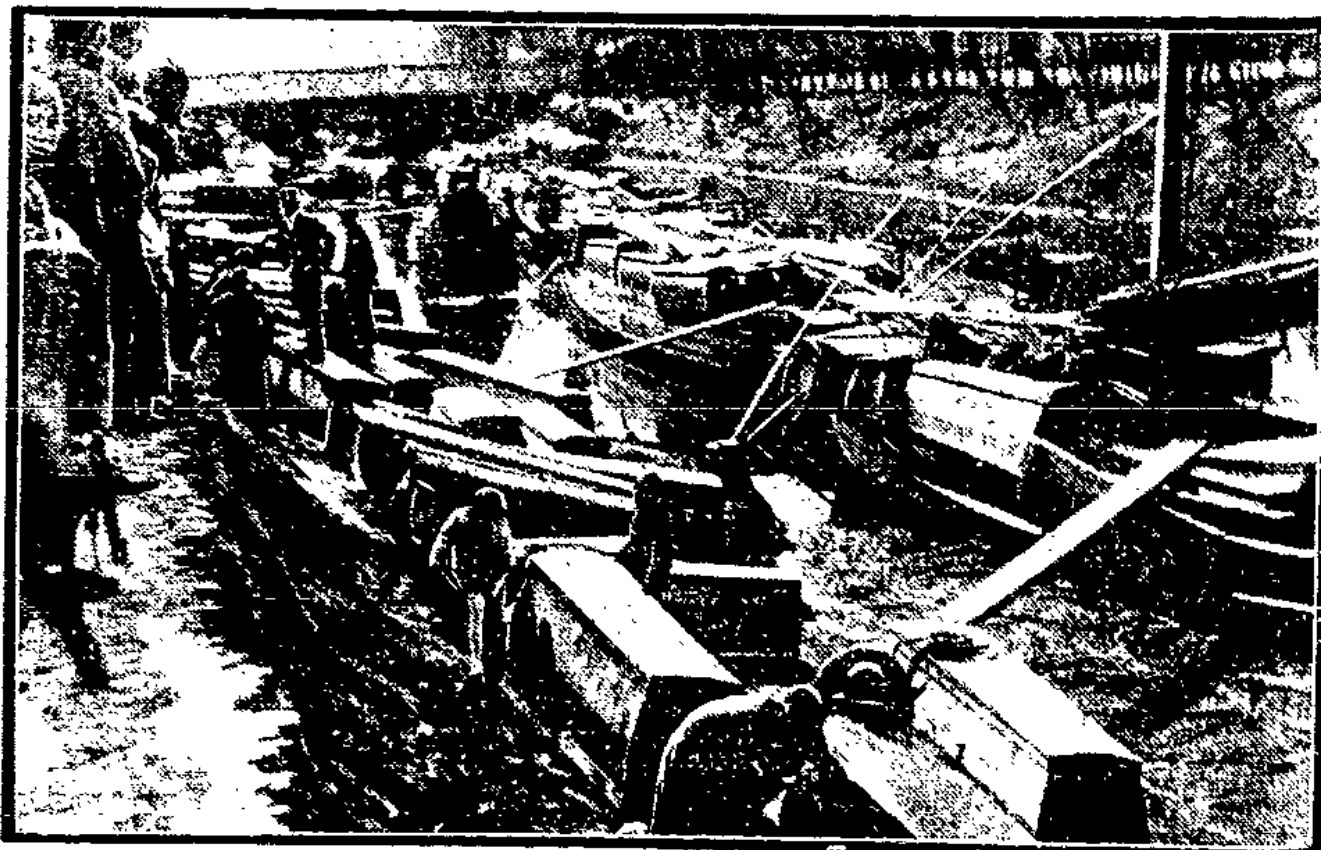
Seite seine bisherige Strafflosigkeit berücksichtigt. Der Angeklagte nahm das Urteil an, jedoch legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein.

Falschmünzerverbände festgenommen

Hamburg, 12. Mai. Durch Beamte des Falschmünzerverbands der Hamburgischen Kriminalpolizei wurden mehrere Falschmünzer dingfest gemacht. In der letzten Zeit war festgestellt worden, daß besonders im Stadtgebiet falsche 50-Pfennig-Stücke und 1-Mark-Stücke in den Verkehr gebracht wurden. Als Hersteller dieses Falschgeldes konnten jetzt der 30jährige A. und als Verteiler der Falschgeldstücke die Geliebte des A. und ein Schriftsteller festgenommen werden. Weiter wurden ein Diener und ein Kaufmann verhaftet, die gleichfalls im dringenden Verdacht stehen, das Falschgeld vertrieben zu haben. Es wurde verdächtig, das Falschmünzermaterial beschlagnahmt, aus welchem hervorging, daß die Bande im Begriff war, sich auf die Herstellung von falschen Zweimarkstücken umzustellen.

Opfer des japanischen Imperialismus

Viele der von der japanischen Soldateska in Schanghai hingemordeten Chinesen, die nicht in einem Massengrab verscharrt wurden, werden auf den Flußschunken in ihre Heimatorte abtransportiert.



Die „Altron“ gelandet

11. New York, 12. Mai. Wie aus San Diego berichtet wird, ist das Luftschiff „Altron“ um 3,50 Uhr (mitteleuropäische Zeit) gelandet.

Flugzeug abgestürzt

Zwei Tote

Büsch, 12. Mai. Ein Militärflugzeug stürzte hier aus unbekannter Ursache auf dreiem Felde ab. Die beiden Insassen, ein Oberleutnant und ein Leutnant, wurden getötet.

Ein neuer Ozeanflug geplant

Der amerikanische Piloter William Stephenson plant einen neuen Ozeanflug von Japan nach New York, und der amerikanische Piloter Charles Lindbergh plant einen Ozeanflug von New York nach Japan.

Fahrgäste und Besatzung der „Gauß“ gerettet

11. Vinnabon, 12. Mai. Die Kahnboote und die Fahrzeuge des gesunkenen deutschen Motorschiffes „Gauß“ konnten, wie jetzt bekannt wird, unter großen Schwierigkeiten mit Hilfe von Booten von der Besatzung gerettet werden, durch die man von der Küste aus die Verbindung mit dem Schiff herstellte hatte.

Gift im Tresor

Bei einer Durchsichtung der Räume einer Bank im Schloßplan, deren früherer Angestellter erst unter dem Verdacht des Effektenbetruges vor einigen Tagen verhaftet wurde, wurden in einer kleinen Kiste 20 Ampullen eines heißen Giftes entdeckt. Ueber die Herkunft dieses Giftvorrates konnte bisher noch nichts ermittelt werden.

Die Opfer des Taifuns

Hunderte Tote und Verwundete

11. Paris, 12. Mai. Nach den letzten Meldungen aus Hankow hat der Taifun, der vor einigen Tagen über die Provinz Phantichien hinwegzog, fast 200 Menschenopfer gefordert. 134 Leichen wurden bereits an die Küste geschwemmt. 170 Eingeborenenboote sind auf dem Meer untergegangen und 137 andere wurden schwer beschädigt. Mehrere tausend Stück Vieh sind umgekommen. Der Sachschaden hat noch nicht annähernd festgestellt werden können.

Alte Skelette in Palästina entdeckt

Eine englisch-amerikanische Forschungs Expedition hat, Blättermeldung zufolge, in Palästina drei Skelette gefunden, die eine unverkennbare Ähnlichkeit mit dem Knochengerüst des Neandertal-Menschen zeigen. Ein amerikanischer Anthropologe hat den Fund für eine große Entdeckung erklärt. Das Alter der Skelette wird auf 75000 Jahre geschätzt.

Gefährliches Spiel

Der elfjährige Schüler Hans Konrad in Kethenow spielt in Abwesenheit der Eltern mit einem Revolver, den sein 19jähriger Bruder geladen unter dem Bett verborgen hielt. Es löste sich ein Schuß und drang dem Kind in den Unterleib. Es starb im Krankenhaus.

Ein Einbrecher im Kampf erschlagen

Treuen, 12. Mai. In vergangener Nacht horte die Ehefrau des Gutbesizers Albin Haimmer in Feltas Geräusche im Hause und stellte Einbrecher fest. Sie wedte ihren Mann, der mit einem Beil bewaffnet den Eindringlingen entgegenging. Haimmer wurde angegriffen. In der Gegenwehr traf er einen Einbrecher mit dem Beil auf den Kopf. Darauf wurde er von dem zweiten Einbrecher mit einem Revolver bedroht. Als dieser jedoch seinen Hellsichtler leblos am Boden liegen sah, ergriß er die Flucht. Haimmer stellte nun fest, daß der erste Einbrecher tot war. In dem Getösel vermutet man den betäubigten Einbrecher Albert Süß aus Treuen.

20,3 Prozent Steigerung der Sowjetproduktion

Moskau, 12. Mai. Der Gesamtbetrag der Produktion belief sich auf 7718,3 Millionen Rubel, das heißt 20,3 Prozent mehr als im ersten Quartal 1931. Ohne die Produktion der reinen Salzonzweige beträgt die Zunahme der Gesamtproduktion im ersten Quartal des laufenden Jahres 25,6 Prozent gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres. Und zwar fallen auf Gruppe A (Schwerindustrie) 33 Prozent, Gruppe B (Leichtindustrie) 20 Prozent.

Kein kapitalistisches Land der Welt weist eine solche Steigerung der Produktion auf, mit der eine Steigerung des Wohlstandes der Arbeiter Hand in Hand geht.

Amerikanisch-englischer Plan für Weltinflation

Zehn Milliarden Defizit in Amerika

Im englischen Parlament hielt Churchill, einer der Führer der Konservativen und einer der größten Propagandisten der Inflation eine aufsehenerregende Rede. Er erklärte, daß England und Amerika sich über gemeinsame Inflationsmaßnahmen verständigen müßten, und daß weder die Weltabrüstungskonferenz noch die Reparationskonferenz in Lausanne, noch die Konferenz aller britischen Kolonien in Ottawa einen Sinn hätten, wenn man sich nicht vorher über ein gemeinsames Inflationsvorgehen geeinigt hätte.

Mit der außerordentlichen Verschärfung der Krise in USA haben diejenigen, die für eine sofortige und starke Inflation sind, außerordentlich an Boden gewonnen, und es gelang ihnen auch in der vorigen Woche, ein Gesetz im Repräsentantenhaus durchzubringen, das die Staatsbank zur Einleitung einer sofortigen gewaltigen Inflation ermächtigt.

Die Mehrzahl der amerikanischen Kapitalisten sieht jetzt in einer Inflation einen geeigneten „Ausweg“ aus der Krise.

Nach einer Woche schon kommt das Echo aus England.

Die Rede von Churchill ist ein Signal. Zwar hat die Inflation in England schon begonnen. Aber die Preise sind nicht so stark gestiegen, wie die Kapitalisten erwarteten. Jetzt fordert Churchill nicht nur eine schnelle Inflation, sondern ein gemeinsames Vorgehen des englischen und amerikanischen Kapitalismus gegen die englisch-amerikanischen Arbeiter durch Preissteigerung und Lohnraub. Denn die Forderungen sowohl der amerikanischen wie der englischen Kapitalisten bedeuten nichts anderes als die Einführung einer neuen, ganz ungeheuerlichen und brutalen Offensive gegen die Arbeiterklasse. Neues fürchterliches Massenelend soll die Folge dieser gemeinsamen Inflation in England und Amerika sein, der die übrigen Länder bald folgen werden.

★

Wie das amerikanische Schatzamt bekanntgab, beläuft sich der Zahlungsbetrag im amerikanischen Haushalt auf rund 2,5 Milliarden Dollars. Der Zahlungsbetrag des Vorjahres betrug 309 Millionen Dollars.

Kurssturz deutscher Dollaranleihe

Der Kurs deutscher Dollaranleihen ist an den ausländischen Börsen in der letzten Woche stark heruntergegangen. Der Wert der Aktien hat teilweise um bis zu 10 Prozent. Die Ursache dafür ist der immer stärker werdende Zweifel des internationalen Finanzkapitals an der künftigen Zahlungsfähigkeit des deutschen Kapitalismus.

Japanische Kriegsschiffe vor Schanhaiwan

Telefont meldet aus Schanghai: Das chinesische Außenministerium hat am Mittwoch ein Telegramm der chinesischen Behörden aus Schanghai erhalten, wonach der Vertreter der japanischen Marine persönlich dem Oberkommandierenden der chinesischen Truppen, General Zi, erklärt habe, daß die chinesischen Truppen nach Feststellung des japanischen Oberkommandos (!) nicht in der Lage seien, die kommunistischen Aufstände (!) zu unterdrücken. Dadurch sei die Sicherheit der japanischen Staatsbürger gefährdet und die japanischen Truppen hätten deshalb den Befehl erhalten, sich an der Niederschlagung der kommunistischen Aufstände zu beteiligen (!). Sie würden zu diesem Zweck mehrere Landungen in Schanghai, Wan vornehmen (!). Der Oberkommandierende der chinesischen Armee teilte mit, daß er nicht in der Lage sei, irgendwelche Landungsverbote zu geben, da diese Frage nur von der Zentralregierung entschieden werden könne. Trotzdem haben die Japaner mehrere Kriegsschiffe zusammengezogen und eine Landung von Seesoldaten in Schanghaiwan wird von Stunde zu Stunde erwartet.

Die dem japanischen Kriegsministerium angegliederte „Kommission für mandchurische Angelegenheiten“ hat einen Plan ausgearbeitet, der die Umgestaltung der japanischen Administration in der Mandchurei und damit den weiteren Ausbau und die Festigung der japanischen Machtstellung betrifft. Das Generalgouvernement Kwantun, alle japanischen Generalkonsulate in der Mandchurei und die Verwaltung der südmandchurischen Eisenbahnlinie werden dem kommandierenden General der Kwantun-Armee unterstellt. Die Zentralbehörde des Generalgouvernements wird aufgehoben und ihre Obliegenheiten werden der Zivilabteilung des Stabes der Kwantun-Armee übergeben.

Auch die Konsulate werden von dieser Abteilung kontrolliert werden. Die Verwaltung der südmandchurischen Eisenbahn untersteht von jetzt ab direkt dem kommandierenden der Kwantun-Armee. Dieser Plan wird jetzt in einer gemeinsamen Konferenz von Vertretern des japanischen Kriegs- und des Marineministeriums unter Hinzuziehung von Beamten der Ministerien der Eisenbahnen und der Kolonien beraten. Wie mit Bestimmtheit verlautet, soll die Neuordnung der Mandchurei bereits am 15. Mai in Angriff genommen werden.

Diese Meldungen bestätigen unsere Vermutungen, daß die „Friedensverhandlungen“ in Schanghai zur Grundlage der völligen Verzicht der Kuomintang-Regierung auf die Mandchurei und ein japanisch-chinesisches Militärbündnis gegen die chinesischen Sowjets und gegen die Sowjetunion hatten. Daß der chinesische Außenminister Lomenan die „Gerüchte“ dementiert, daß am 5. Mai außer dem Waffenstillstandsabkommen auch ein geheimes japanisch-chinesisches Abkommen unterzeichnet worden sei, in dem die chinesische Republik auf die Mandchurei verzichtet habe, wirkt gleichfalls als Bestätigung dieser Gerüchte. Trotz des Verbots aller Ausgebungen gegen den „Friedensschluß“ greift die Empörung der antiimperialistischen chinesischen Bevölkerung über die verräterische Tschangkai-sche-Regierung immer weiter um sich.

★

Oesterreichische Maschinengewehre für Japan

Wie das Wiener „Extrablatt“ meldet, hat Japan große Mengen von Maschinengewehren bei den österreichischen Steyr-Werken in Auftrag gegeben.

Acht Meuterer erschossen

New York, 12. Mai. Aus Peru wird gemeldet: Acht Anführer der Meuterei auf den Kreuzern „Grau“ und „Oberst Bolognesi“ wurden vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und sofort erschossen. 15 Matrosen wurden zu je 15 Jahren und zehn Matrosen zu je zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Eisenbahner haben aus Protest zum Streik aufgerufen. In Lima ist nunmehr auch die katholische Universität wegen der Gefahr kommunistischer Umtriebe geschlossen worden.

Französische Anleihe für Japan

Tokio, 12. Mai. Die Telegraphenagentur Schimbun-Kengo meldet, daß der Direktor der Französisch-Japanischen Bank, Martini, nach Paris abgereist sei. Seine Verhandlungen mit der japanischen Regierung über die Finanzierung des Ausbaus der japanischen Industrie (!) sollen abgeschlossen worden sein. Französische Banken würden Japan eine neue Anleihe gewähren, deren Höhe noch festgelegt werden solle.

Krieg bringt Hungersnot

In der chinesischen Provinz Honan sind 77 Kanons mit 1,5 Millionen Einwohnern vom Hunger erfaßt. In 16 Kanons in der Umgebung von Sinsai (südlich von Kailong) ernährt sich die Bevölkerung von Gräsern und Baumrinde. Die Provinzialbehörden haben 100.000 Tonnen Weizen angefordert, um die Hungersnot zu beheben.

Im Süden der Provinz Honan, in der Gegend von Tschao-shan raubten Hungernde verschiedene Weisenlager aus.

Auch im nördlichen Teil der Provinz Nganhwei ernährt sich die Bevölkerung ebenfalls von Gräsern und Baumrinde. Im

Ranon von Sitschau (im Nordosten der Provinz Nganhwei) beobachteten Vertreter der Kommission zur Unterstützung der Hungernden zahlreiche Fälle, wo Eltern die Leichen ihrer Kinder verzehrten. Die Mittel zur Hilfeleistung für die Hungernden sind ungenügend und fast erschöpft. Aus Hankau wird mitgeteilt, daß Flüchtlinge aus den Ueberflutungsgebieten, die kürzlich aus Hankau ausgewiesen wurden, wegen der trostlosen Lage in ihren Heimatdörfern nach Hankau zurückkehren.

Letzter Hochofen in Oesterreich ausgeblasen

Die Krise in der Eisen- und Stahlindustrie Oesterreichs hat ein solches Ausmaß erreicht, daß die Oesterreichische Alpine Montan-Gesellschaft morgen ihren letzten Hochofen und damit zugleich den letzten noch in Gang befindlichen Hochofen Oesterreichs ausblasen wird.

Kurze Auslandsnachrichten

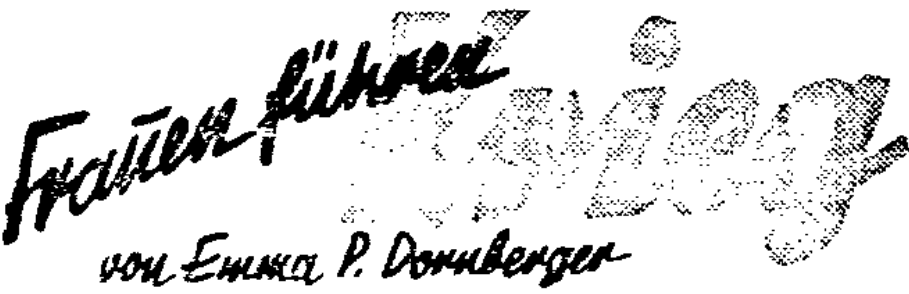
Die österreichisch-sowjetrussischen Handelsvertragsverhandlungen sind infolge von Schwierigkeiten, die die österreichische Regierung verursacht, vorläufig unterbrochen worden.

★

In Ungarn wurden in der Berufungsinstanz die Urteile gegen eine Reihe von Landarbeitern wegen Tüchtigkeit für die Regale KP Ungarns durchschnittlich um das Dreifache auf drei bis zweieinhalb Jahre Zuchthaus erhöht, um die Landarbeiter vor ihren wachsenden Sympathien zum Kommunismus abzusichern.

★

Das neue bulgarische Budget wird von 7,95 Milliarden auf 7,3 Milliarden gekürzt. Die Streichungen entfallen auf Abbau von Eisenbahnen und Lehrern, während im Heeresetat keinerlei Kürzungen vorgenommen werden.



27. Fortsetzung

Veröffentlicht by „Rote Fahne“ Berlin 1932

Da ich sehe, wie der Alte unten die Hand hochhob. Er winkte nach vorne! Niemand bemerkte es. Er ließ die Hand wieder sinken. Dann hob er sie abermals! Schließlich rief er in die Rede des andern hinein (hart und schrill): „Zur Geschäftsordnung!“

Wies drehte sich nach ihm um. Der Versammlungsleiter schloß die Kasse.

Als der Diskussionsredner geendet hatte, bekam der Alte das Wort. Er führte aus seiner Reihe heraus und ließ höflich nach vorne. Er sprach wie ein Jugendlicher die Stufen zur Bühne hinauf und sagte: „Genossen! Bis jetzt haben wir noch nichts anderes gehört, als was der Genosse Sellmann gelegt hat. Ich bin der Meinung, daß hier noch Genossen unter uns sind, die uns etwas anderes zu sagen haben. Ich bin der Meinung, daß wir die Genossen auch hören wollen!“ Der Versammlungsleiter unterbrach ihn. „Kommt noch! Kommt noch!“ „Ja, kommt noch, kommt noch.“ höhnte der Alte. Damit werden wir ja immer verdröhnet. Der Sozialismus kommt auch noch, aber jetzt sollen unsere Jungen inzwischen das Vaterland verteidigen. Vaterland, was ist das überhaupt?“

Die Kasse schellte wieder. Die Versammlung war mit einem Male wieder lebendig. Die Tribüne rief: „Bravo!“

„Zur Geschäftsordnung hast du dich gemeldet.“ schrien andere. „Ja, zur Geschäftsordnung, deshalb bin ich hier. Ich verlange, daß sofort die Rednerliste verlesen wird, damit wir wissen, wen wir noch zu hören bekommen. Und dann schreie er laut und erregt. „Ich will wissen, was hier gespielt wird.“

Die Tribüne raste vor Freude. Karl rief seine Fahne hoch und schrie: „Genosse Faust, bravo, richtig! Du bist ein Sozialist!“

Der Alte sah hinauf und lächelte.

„Abtreten!“ verlangte der Versammlungsleiter. „Abtreten!“ schrien im Saal einige Stimmen.

„Die Rednerliste!“ riefen andere. „Verlesen, verlesen!“

Sellmann rief auf, schüttelte den Kopf und verschwand nach hinten. Dieser demonstrative Abgang erzeugte für einen Augenblick Stille.

Der Alte drehte sich um, sah nach der Kasse, in der der Redner verschwunden war und rief empört: „Da geht er hin, der Sozialpatriot! Fürchtet sich, uns Rede und Antwort zu geben. Fürchtet sich, mit einem alten Sozialisten zu diskutieren!“

Ein mühes Geächel erhob sich. Die Tribüne war aufgestanden und rief wie aus einem Munde: „Sehr richtig!“ — Er stützte sich — —

Unten im Saal schrie man auch. Alles durcheinander. Es war nichts mehr zu verstehen. Die Schenkleute waren aus der Kasse hervorgetreten und legten ihre Helme auf. Der Versammlungsleiter schellte zweimal, dreimal und schließlich sagte er, den Lärm überbrüllend: „Ich erkläre hiermit die Versammlung für geschlossen!“

Die Schenkleute packten den alten Faust, der aufgeregt mit den Armen herumfuchtelte und zerrten ihn von der Bühne herunter. Schloßen ihn, der sich wehrte, durch den Gang in der Mitte des Saales.

„Schuße! Schuße!“ rief man hinter ihnen her.

Luise sah, wie den anderen, die nicht zur Opposition gehörten, plötzlich die Stimme wegblieb. Sie starrten wortlos dem Alten nach und schüttelten mit dem Kopf.

Jetzt hieß es handeln!

„Wo ist ein Lokal?“ fragte sie, „wo wir uns jetzt versammeln können? Wir dürfen jetzt nicht alles auseinanderlaufen lassen!“

„Stimmt! Stimmt!“ rief Karl begeistert. „Jungens, hört mal her! Hans, Georg, wo steht ihr?“

Die Angerufenen waren schon zur Stelle.

„Du kennst jetzt in die Kammerngasse zur „Zhiere Döör“. Soviel ich weiß, ist dort heute abend eine Versammlung der „Unabhängigen“. Du sprichst mit Zander und berichtest, was vorgefallen ist. Wir kommen jetzt alle dorthin, sie sollen uns sofort

einen Saal frei machen! Und wir — im Laufschrift an die Ausgänge: Parole Treffpunkt „Zhiere Döör!“ Keiner bleibt zurück. Jeden hinschicken, der einigemmaßen bereit ist, unsere Meinung zu hören. Aber sie sollen nicht geschlossen gehen. Ihr könnt auch ruhig sagen, daß ein Soldat dort sprechen wird. Aber vorsichtig und fix!“

Die Opposition hatte schnelle und gute Arbeit gemacht. Eine halbe Stunde später waren beinahe hundert Mann in der „Zhiere Döör“ versammelt.

Der Soldat sprach keine heillosen Worte. Keine Vaterlandsbegeisterung. Vom Krieg. Von der Front. Vom Schlachtfeld.

Wasser stand in den Schützengräben. Ratten nagten des Nachts an den Beinen der Männer, die einen todähnlichen Schlaf schloßen, trotz Kanonengebrüll, trotz dem Pfeifen und Heulen der Gassen und Höhlen. Bis an den Bauch standen sie in Dreck und Schlamm und schossen und schossen! In den Stacheldrähten hingen die Leichen. Leichengeruch verpefete die Luft. Draußen — irgendwo unter dem Sternenhimmel lag einer mit aufgerissenen Leib, und schrie — und schrie! Blut sickerte. — Schädel waren zertrümmert. — Tote Augen starrten aus Granatlöchern. — —

Genossen! sagte der Soldat, Jugendgenossen! Der Sozialpatriot hat von unseren Feinden gesprochen, gegen die wir das Vaterland verteidigen müssen. Feind und Vaterland, ich will euch sagen, was das ist.

Denkt einmal zurück, an die Zeit vor dem Kriege, wo wir in Köln, im Jugendheim und im Volkshaus internationale Treffen und Konferenzen veranstalteten. — Waren wir nicht stolz und glücklich, wenn wir mit unseren französischen, belgischen, englischen und russischen Kameraden zusammen saßen? Mit unseren Genossen? Vereinte uns nicht eine Idee? Hatten wir nicht die gleichen Ziele? Waren wir internationale Sozialisten oder nicht?

Kennt ihr noch den Belgier Albert Brinkhuis, der lange bei uns war, der jeden Tag mit uns im Jugendheim zusammengekommen hat? Albert Brinkhuis war gegen den Krieg, wie wir. Albert Brinkhuis war ein Klassenbewußter Arbeiter, aber er konnte nicht verhindern, daß der Krieg begann, daß man ihn bewaffnete und gegen den Feind schickte.

Fortsetzung folgt

Jeder Betrieb eine rote Burg!

Diskussionstribüne aller revolutionären Gewerkschaftler und Betriebsarbeiter — Wie machen wir aus jedem Betrieb eine rote Burg?

Unter dieser Rubrik werden wir allen revolutionären Gewerkschaftlern und Betriebsarbeitern, die betriebsmäßig aus jedem Betrieb eine rote Burg gegen Lohnraub, Faschismus und imperialistischen Krieg zu machen, ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit das Wort erteilen. Hier soll jeder über seine Erfahrungen, die er im Laufe seiner Tätigkeit gesammelt hat, im Interesse der Befreiung der Einheitsfront aller Betriebsarbeiter zum Kampf gegen den neuen Unternehmerangriff schreiben. In jedem Betrieb gibt es neue Schwierigkeiten und auch Erfahrungen, die kritisch behandelt und ausgearbeitet werden müssen. Keine Einheitsfront gegen die Lohnräuber ist das Gebot der Stunde! Jeder Betrieb eine rote Burg — das ist die Voraussetzung für den Sieg über den Faschismus! Dazu soll die Diskussionstribüne beitragen. Alle Beiträge sind unter dem Merkmal: „Jeder Betrieb eine rote Burg“ zu richten an: Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“, Breslau, Trebniker Straße 50.

Zur Veranschaulichung der verschiedenen Methoden des Eindringens in Betriebe ohne jeglichen Einfluß veröffentlichten wir heute zunächst einen Auszug aus der Resolution der VIII. Session des Zentralrats der NSJ. über:

„Die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsorganisationen auf dem Gebiet der Arbeit in den Betrieben“.

Eindringen in die Betriebe und Anknüpfen von Verbindungen

Zum Eindringen in die Betriebe und zur Anknüpfung von Verbindungen können die verschiedensten Methoden angewandt werden.

1. Versammlungen der im Betriebe beschäftigten Arbeiter, die zu verschiedenen Massenorganisationen gehören, welche mit der revolutionären Gewerkschaftsbewegung verbunden sind, zum Beispiel rote Sportler, rote Hilfe usw.

2. Vertrieb der revolutionären Presse, besonders spezieller Betriebszeitungen und Anknüpfung von Verbindungen beim Vertrieb dieser Zeitungen.

3. Individuelle Unterhaltungen mit den Arbeitern vor Beginn und nach Schluß der Arbeit an den Fabrikieren, in Lokalen usw. usw.

4. Anknüpfung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung müssen sich zu den Arbeiterversammlungen Zutritt verschaffen, die von den Reformisten und Unternehmern einberufen werden, um mit den Arbeitern Fühlung zu nehmen, die in Opposition stehen und mit der Politik ihrer Führer unzufrieden sind.

5. Hinzuziehung der revolutionär eingestellten Erwerbslosen, die früher im betreffenden Betrieb beschäftigt waren usw. usw.

Wenn Einzel- und Gruppenausreden mit den Arbeitern geplant sind, gilt es, sich jedesmal sorgfältig vorzubereiten und die Eigenartlichkeiten jeder Versammlung und jeder Ansprache in Betracht zu ziehen, denn ältere, gelernte Arbeiter sind anders zu behandeln als Jungarbeiter. An die Arbeiterinnen ist ebenfalls ganz anders heranzutreten.

Besonders sorgfältig müssen Ausreden mit Arbeitern aus reformistischen und sonstigen reaktionären Gewerkschaften vorbereitet werden, wo die Einheitsfront von unten besonders elastische Formen erforderlich macht; aller-

dings ohne opportunistisches Verschleichen der hochrevolutionären Natur des Sozialfaschismus aus. In solchen Fällen ist besonders zu betonen, daß wir die Arbeiter anders einschätzen als die Arbeiter, die im guten Glauben irren.“

Jetzt laßt uns die Praxis besprechen! Wer wird nun als Erster unsere Diskussionstribüne benutzen?

Wichtiges über die Elternbeitragswahlen an den evangelischen Schulen

Nieder-Salzbrunn. Am 12. Juni finden die Elternbeitragswahlen statt. Die Wählerlisten liegen vom 10. bis 28. Mai in der evangelischen Schule A in der Zeit von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends bei der Schuldienstin Frau Börlt aus. Proletarische Eltern! Nehmt Einfluß in die Wählerlisten! Der Termin des Einpruchs läuft eine Woche vor der Wahl, am 5. Juni, ab. Die Schulen umfassen 357 Kinder. Auf je 50 Kinder entfällt ein Vertreter. Am Freitag, dem 27. Mai, um 20 Uhr, findet eine Elternversammlung statt, die sich u. a. mit der Bildung des Wahlvorstandes befaßt. Kandidatenlisten sind bis zum 1. Juni mittags 12 Uhr einzureichen.

Eltern! Diese Wahlen sind wichtig! Schenkt ihnen mehr Beachtung! Seht die Liste ein! Weht euer Wahlrecht aus!

Bote des Wohlfahrtsamts empfiehlt einer Bergarbeiterwitwe Gas!

Die wöchentliche Unterstützung einer Bergarbeiterwitwe wird gestrichen, weil ihr Sohn 15 Jahre alt

Waldburg. Eine hiesige Bergarbeiterwitwe erhielt zu ihrer niedrigen Anwartschaftsrente vom Wohlfahrtsamt Waldburg eine Unterstützung von 1,65 Mark pro Woche. Diese finanzielle Unterstützung wurde nun gestrichen, weil einer ihrer Söhne 15 Jahre alt geworden war. Der Sohn verdient 5 Mark und ein 17-jähriger Sohn 12 Mark die Woche. Ein Bote vom Wohlfahrtsamt brachte den Bescheid von dem Entzug der Unterstützung schriftlich in die Wohnung der Witwe. Als die Frau fragte, was da werden soll, guckte sich der Bote vom Wohlfahrtsamt in der Wohnung um und frug:

„Haben Sie kein Gas?“

Klingt diese Frage nicht wie eine Aufforderung an die verzweifelte Bergarbeiterfrau, doch zum Gasheben als Ausweg zu greifen?

Das geschieht im Jahre 1932, nicht etwa in den Hungerjahren des Dreißigjährigen Krieges im 17. Jahrhundert! Allerdings — damals gab es auch noch kein Gas. Deutschland hat sich inzwischen zu einem — nach kapitalistischem Maßstab — der Kultur am höchsten stehenden Lande entwickelt. Die Technik ist sehr weit entwickelt. Wir haben heute nicht nur Gas, wir haben auch Elektrizität. In

Heute ist die junge Garde wieder da!

Geleiteter Massenbetrieb ist die Antwort auf das vierwöchige Verbot! Schon heute bei allen Funktionen des NSD. und im Büro, Breslau, Wallstraße 13, v. 8 bis 10 Uhr

Baugewerksbonze häßlich als Hausnecht

Waldburg. Seinen offenen schändlichen Charakter zeigte am Mittwoch, den 5. Mai, am deutschen der zweite Angestellte des Baugewerksbundes Häußlich. Ein stolzes wollte sich dort wegen dem Lohnabbau im Baugewerbe Auskunft holen. Häußlich erklärte diesem Bauarbeiter, wenn er nicht in einem anderen Tone mit ihm verkehren würde, müßte er von seinem Hausrecht Gebrauch machen. Als dieser stotterte, der ein altes Gewerkschaftsmitglied ist und der ZFD nahe steht, fragte, wenn dann eigentlich das Haus gehört, das doch von den Großden der Arbeiter erbaut ist? erhielt er zur Antwort, wir wohnen nur zur Miete, das Haus gehört dem Bergarbeiterverband, und da konnte er (Häußlich) vom Hausrecht Gebrauch machen.

Alle Kollegen des Baugewerksbundes, wenn ihr es magt, euch bei euren Bürokraten noch euren Lohnverhältnissen zu erkundigen, dann erhaltet ihr anstatt Auskunft einen Tadel, und werdet schließlich noch von den vollgestellten Gewerkschaftsbönnen aus dem Büro geschmissen. Bauarbeiter, erkennt an diesem Beispiel, daß sich die Gewerkschaftsbürokratie immer mehr zum Sozialfaschismus entwickelt. Kämpft unter Führung der NSD. und der NSJ. gegen die Lohnraubmaßnahmen des Unternehmertums und gegen ihre schändlichen Katenen, die Gewerkschaftsbürokraten.

Amerika wird die Elektrizität benützt, um jene zu töten, die Opfer des kapitalistischen Wahnsinns werden.

In Deutschland greifen täglich verzweifelte, ausgehungerte Menschen zum Gasheben.

Und in Waldburg geschah es, daß ein Bote des Wohlfahrtsamtes eine verzweifelte Bergarbeiterfrau daran erinnerte, daß es ja noch den Gasheben gibt! Soweit sind wir von deutscher Kultur, der von der zusammenbrechenden, kapitalistischen Wirtschaft geschüttelt wird! Der Vorgang in Waldburg ist eine einzige Kulturkatastrophe!

So etwas ist im sozialistischen Sowjetrußland ein- fach unmöglich! Dort hat nicht nur jeder Wertvolle Arbeit und Brot, dort ist auch für die Verantwortlichen der Arbeitssover, für alle Opfer der Arbeit ausreichend gesorgt.

Wir rufen den Bergarbeiterfrauen und allen Werktätigen zu: Euer Ausweg, das kann nur der revolutionäre Weg des russischen Proletariats sein. Weht euch ein in die rote Kampffront. Nur der tägliche Kampf gegen jeden Unterstützungs- und Lohnraub bezwingt die kapitalistischen Profitjäger und Ausbeuter!

Wir rufen den Bergarbeiterfrauen und allen Werktätigen zu: Euer Ausweg, das kann nur der revolutionäre Weg des russischen Proletariats sein. Weht euch ein in die rote Kampffront. Nur der tägliche Kampf gegen jeden Unterstützungs- und Lohnraub bezwingt die kapitalistischen Profitjäger und Ausbeuter!

Freie Elternvereinigung protestiert gegen das Verbot des Freidentenverbandes

Langenbielau. Am vergangenen Sonntagabend tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung der freien Elternvereinigung. Genuß Reichert schied sich mit den sozialdemokratischen Führern ab. Nach einer lebhaften Diskussion wurde folgende Entschliebung gegen das Verbot des reaktionären Freidentenverbandes einstimmig angenommen:

„Die außerordentliche Mitgliederversammlung der freien Elternvereinigung Langenbielau erhebt schärfsten Protest gegen das Verbot des proletarischen Freidentenverbandes, und stellt fest, daß es ein schwerer Verstoß der Kulturreaktion gegen das klassenbewußte Proletariat ist.“

Die freie Elternvereinigung ruft die Arbeiterklasse auf, als Antwort auf das Verbot eine großzügige Kirchenaustrittspropaganda zu entfalten. Verdoppelt den Kampf gegen die immer stärker werdende Kulturreaktion.“

In der Mitgliederversammlung waren die Kommunisten in der Minderheit. Es zeigt sich also, daß selbst die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen in dem Verbot einen Verstoß der Kulturreaktion erblicken und gewillt sind, mit den Kommunisten gemeinsam zu kämpfen.

Der Bezirksvorstand der freien Elternvereinigung ist in Waldburg! Deshalb müssen gerade auch hier die proletarischen Eltern gegen das Verbot des Freidentenverbandes protestieren!

Gemeindevorsteher provoziert die Zirlauer Arbeiterschaft

Abwaschen von kommunistischen Losungen als Pflichtarbeit bei Androhung des Unterstützungsentzugs

Zirlau. Wie überall, so hatte auch hier die Propaganda zur Freizugwahl in verstärktem Maße eingelegt. Am 21. April prangte an vielen Stellen in weißer Farbe die Parole: „Wahl des NSD.“ Die gute Wirkung dieser Parole kommt sich jetzt so richtig an den Tag. Man muß von Nachdenkendem Kenntnis genommen haben. Da die Andreiber obgenannter Parole der Person noch nicht bekannt sind, mit es der verfassungstreue Müngel und Gemeindevorsteher Müngel von Zirlau für seine Amtspflicht, die angeschriebenen Wahlparolen für die NSD auf dem Wege der Pflichtarbeit entfernen zu lassen! Aus „prinzipiellen“ Gründen will er nach seiner Meinung zu dieser Arbeit zwei Mitglieder der NSD bestimmen. Weshalb, was Müngel schriftlich anordnet:

Der Gemeindevorsteher, Zirlau, den 9. Mai 1932.

Auf Grund der uns gegebenen gesetzlichen Bestimmungen Herrbert Vogt Pflichtarbeit an und beauftrage Sie, Mittwoch, ordne ich hiermit für Sie und den Wohlfahrtsamtsbesitzer den 11. Mai er., vormittags 8 Uhr, am hiesigen Feuerwehrturn zu erscheinen zwecks Abwaschung der Mauer: „Wahl des NSD der kommunistischen Partei“. Ich habe den Polizeibeamten Aloje angewiesen, die Arbeiten zu überwachen, damit die Mauer so auch an dem Grundstück des Baron von Rittlich und auf dem Dach des Transformatorhauses Oberdorf verschwinden. Im Falle der Verweigerung der Pflichtarbeit sperre ich Ihnen für diese Woche Ihre Wohlfahrtsunterstützung im Betrage von 50 Prozent. Wehwerden sind nur zulässig gegen meine Anordnung an das NSD-Wohlfahrtsamt. An Herrn Josef Komatowski, Zirlau 140. gez. Müngel.

Nicht genug, daß Müngel mit dieser eckeligen Maßnahme Mitglieder der NSD treffen will, unter er (da N. und V., letzterer übrigens parteilos, Vertreter der Gewerkschaften sind) den Gemeindevorsteher Müngel ohne jegliche Bezahlung auszuführen. Nur die Öffentlichkeit wäre es sehr von Bedeutung, einmal zu erfahren, was Müngel alles unter die „Pflichtarbeit“ stellen will. Im übrigen ist diese Anmaßung eines Gemeindevorstehers eine bewußte Provokation der Arbeiterschaft, der in einem kapitalistischen Staate keine Staatsmittel zur Bekämpfung der Wahlpropaganda zur Verfügung stehen.

Der Brief zeigt allen sozialdemokratischen Arbeitern mit größter

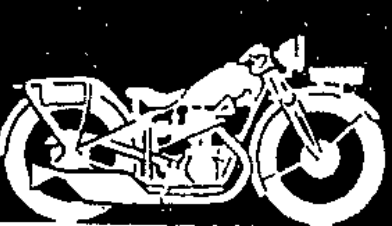


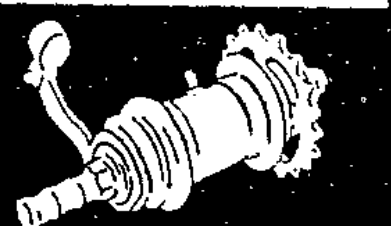
Deutlichkeit, wie selbst der kleinste Gemeindevorsteher, angegriffen durch die „großen“ Taten Brinnings und Severings, zu schändlichen Methoden gegen die revolutionäre Arbeiterklasse greift. Auf diese Art will jetzt die Hitlerpartei mitgliedern. Brinnings hat mit Hilfe der ZFD-Führer vorgearbeitet. Deshalb konnte er auch am 11. Mai im Reichstag erklären:

„Die Ausführungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer decken sich zum großen Teil mit den Maßnahmen der Regierung.“

Dieser Ausdruck zeigt deutlich, wie dringend notwendig gerade jetzt die Einheitsfront aller Arbeiter zum Kampf gegen die schändliche Taktik ist. Arbeiter, tutet dem provokatorischen Verhalten des Gemeindevorstehers Müngel mit Beteiligung der proletarischen Einheitsfront entgegen. Verhütet den Kampf gegen jede Zwangsarbeit!

NSU

VERBÜRGT QUALITÄT UND PREISWÜRDIGKEIT

MOTORRÄDER	MOTOSULM	FAHRRÄDER	FREILAUFNABEN
			
ZWEI- UND VIERTAKTER-TOUREN- U. SPORTMODELLE	DAS FAHRRAD MIT HILFSMOTOR FÜR DAMEN UND HERREN	LEICHT, STABIL, PREISWERT, HOCHDRUCK- U. BALLONBEREIFUNG	LEICHTER LAUF UND SICHERE BREMSWIRKUNG

NSU-MODELL 175 ccm ZWEITAKT MIT 3 GANGGETRIEBE PREISE ab RM. 475.-
IN VOLLENDETER, MODERNER KONSTRUKTION
DAS PFINGSTGESCHENK FÜR NSU-FREUNDE!
VERLANGEN SIE PROSPEKTE BEIM NÄCHSTEN NSU VERTRETER
NSU VEREINIGTE FAHRZEUGWERKE A.G. NECKARSULM-WÜRTTBG

Achtung! Bezirkskonferenz der K.O.D.!

Es werden für die bevorstehende Zeit ...

Wir gehen alle in den „Lunapark“

Einmal in den „Lunapark“ ...

Wir haben auch nicht viel ...

Wir haben auch nicht viel ...

unter Obmann einige gemeinsame ...

Wir gehen alle in den „Lunapark“

Wir gehen alle in den „Lunapark“

Wir gehen alle in den „Lunapark“

Pfingstkinder der Jungen Pioniere

Alle Arbeiterkinder ...

Nazipolitik in der Praxis

Stasine: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“ ...

Ein Teil dieser Stempelbrüder sind auch Nazi. ...

Proleten-Pfingstprogramm

Gallo, Gallo — hier spricht Berlin — hier spricht Paris ...

Wahst fürs Fahrrad etwas kaufen ... Richardt, Neumarkt 41

August Mix Fleisch- und Wurstwaren ... Neue Graupenstraße 8

Fahrräder mit Freilauf ... Paul Eichler, Breslau, Adalbertstr. 26

Reformhaus Zedler & Schachler ... Fernsprecher 27870

Bruno Kastner Fleischerei ... Breslau, Adolfstraße 14

Fahrräder und Zubehör ... R. Bartsch, Breslau, Gellhornstr. 43

Billiges Fleisch- u. Wurst-Angebot! ... Adolf Weiß

Billigste Preise ... Fahrradhaus „Ost“

Fahrradhaus „Ost“ ... Breslau, Klosterstraße 17

Emil Ludeck Breslau ... Fleischererei und Wurstfabrik

Hüte, Mützen Herren-Artikel ... Hut-Hönisch

Schuh-Haus G. REGEL ... Große Auswahl in Gebrauchs- und Luxusshuwaren

Wir liefern Plakate Briefbogen ... FORTSCHRITT AG. FILIALE BRESLAU

Trebnitzer Str. 50 ... Telefon 46455

Sportbillig ... Arbeitshj. u. 1.80 an

Wander-Ausrüstungen ... J. Grunzta

Fleisch- und Wurst Richard Krusch ... Klosterstraße 49

Kurt Rottgardt Sattlermeister ... Feine Lederwaren Leder-Bekleidung

Curt Classe Buchdruckerei ... alle Schreibartikel

Zigarrenhaus Madrich ... Tabakwaren, Zigarren, Zigaretten

G. Feige, Lebensmittelhaus ... Kolonialwaren / Tabate / Butter

J. Pick, Bunzlau ... Herren- und Knabenbekleidung

Für das Pfingstfest ... Der Bögendorfer

Grünberg Obertorstr. 9 ... Schokoladen, Konfitüren

Pauline Schreck Grünberg ... Zur gütigen Beachtung

Schoize's Molkerei Eckersdorf ... Filiale Sagan, Brüderstraße 22

Saganer Wurstfabrik ... empfiehlt zum Feste

Reparaturen billig bei Saganer Autozentrale

Paul Jacob, Sagan ... Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren

Neuheiten in Damenhüten ... Scheuch

Fesche Mäntel / schöne Kleider ... Carl Paul Schneider

Das Haus des guten Einkaufs ... Striegau Ring 5

Reserviert Naumburg a. Qu.

Otto Müller empfiehlt seine ff. Fleisch- und Wurstwaren

Bringe mich mit meiner Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei ... P. Sauerteig, Grünberg

Kristall-Palast, Liegnitz ... Ich bleib' bei Dir

Central-Lichtspiele Liegnitz ... Fratellini

Kammer-Lichtspiele ... Kriminal-Reporter Holm